

Zu historisch-politischen Bedingungen zur Gewährleistung der staatlichen Sicherheit

Das Ende der Antihitlerkoalition und der Beginn des Kalten Krieges

Die Geschütze des Zweiten Weltkrieges waren noch nicht verstummt, als in den regierenden Kreisen der USA, in den Geheimdiensten und in den militärischen Stäben begonnen wurde, Überlegungen darüber anzustellen, welche Positionen die USA künftig gegenüber der UdSSR, dem Verbündeten in der Antihitlerkoalition, einnehmen sollten. Bereits während der Potsdamer Verhandlungen war der Bruch des Bündnisses vorprogrammiert, von den USA direkt inszeniert worden. Der Abwurf der ersten Atombomben durch die USA über Hiroshima (6. August 1945) und Nagasaki (9. August 1945) war eine Demonstration der militärischen Stärke.

Die Sowjetunion hatte im Kampf gegen den deutschen Faschismus die größten Opfer gebracht. In der Antihitlerkoalition leistete sie den größten Beitrag – sie hatte den entscheidenden Anteil an der Beendigung des Krieges und der Befreiung Europas vom Faschismus. Dadurch gewann sie weltweit Sympathie, Autorität und Einfluß. Die herrschenden Kreise des Imperialismus, vor allem in den USA und in Großbritannien, wollten das zugunsten der Sowjetunion veränderte Kräfteverhältnis nicht hinnehmen. Als erklärte Antikommunisten setzten sie alles daran, die Ausbreitung »des Kommunismus« zu verhindern, bis hin zur Vernichtung und Zerschlagung oder zumindest der entscheidenden Schwächung der Sowjetunion, des Zurückrollens und Zurückdrängens (roll back) bzw. der Eindämmung (containment) ihrer Macht und ihres Einflusses.

Hinsichtlich der Mittel zur Durchsetzung dieser Zielstellung gab es jedoch unterschiedliche Konzeptionen, wurden Machbarkeitsvarianten durchkonzipiert. Das drückte sich faktisch in zwei miteinander verwobenen Komponenten innerhalb der strategischen Gesamtkonzeption aus: Zum einen Atombombendiplomatie bis hin zum Krieg (mittels atomarer und biologischer Waf-

76

fen). Und zum anderen (im Vorfeld des Krieges und unter bestimmten Bedingungen anstelle desselben) »psychologische Kriegsführung« als Staatspolitik, d. h. durch unterschiedliche subversive Handlungen, durch Schürung, Unterstützung und Organisierung eines inneren verdeckten aber auch offenen Widerstandes, bis hin zu »inneren Unruhen« und »Massenrebellion«, inneren Druck auf die politischen und staatlichen Machtorgane zu erzeugen, die Verhältnisse zu unterminieren und zu destabilisieren, von außen, mittels gezielter propagandistischer Einwirkung (z. B. Rundfunksender), der Entfachung von Diffamierungs- und Hetzkampagnen und anderer Methoden der Einwirkung und Isolierung die sozialistische Ordnung zu stürzen. Diese Überlegungen führten sowohl zu Planungen und Vorbereitungen für einen atomaren Vernichtungsschlag gegen die Sowjetunion, zur Option, das nukleare Potential entweder zur überraschenden militärischen Vernichtung der UdSSR oder aber zu ihrer Erdrosselung mittels Erpressung einzusetzen, als auch zur Konzipierung und Organisierung der Option der antisozialistischen Wühl- und Zersetzungstätigkeit, der offenen und verdeckten Wühlarbeit als Staatspolitik, um die Sowjetunion und die Länder in ihrem Einflußbereich über diesen Weg aus den Angeln zu heben. Das war Gegenstand der vom »Policy Planning Staff« der USA-Administration vorgelegten Analyse unter der Überschrift »Ziele der USA in bezug auf Rußland«, die am 18. August 1948 als streng geheime Direktive des Nationalen Sicherheitsrates NSC 20/1 bestätigt wurde.²⁷ Demnach galt als strategische Orientierung, die USA müßten bereit und fähig sein, beide Wege zu gehen. Welcher von beiden der gangbare und effektivere sei, werde die Zukunft zeigen. Das hieß im Klartext: Man würde sich für die eine oder für die andere Option in Abhängigkeit von der Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen der UdSSR und den USA entscheiden. Dieses doppelgleisige Vorgehen der USA gegen die Sowjetunion war der Kern der imperialistischen Globalstrategie gegen den Sozialismus. Im Sinne dieser Doktrin wurden von den USA die militärischen, politischen, wirtschaftlichen, diplomatischen, propagandistischen und auch subversiven Maßnahmen konzipiert und umgesetzt. Zunächst allein durch die USA, später unter Einbeziehung ihrer Verbündeten, vor allem ihrer NATO-Partner.

In der Periode unmittelbar nach dem Sieg der Antihitler-Koalition 1945 war die militärische Option dominant. Die Doktrin des nuklearen Erstschlags,

d. h. einer überraschenden atomaren Aggression gegen die Sowjetunion, war durch das »Komitee der vereinigten Stabschefs« der USA bereits am 18. September und am 9. Oktober 1945 gebilligt worden. Der damalige US-Strateg James Burnham formulierte dieses Konzept ohne Schnörkel. Es könne »nur

77

ein Ziel der amerikanischen Außenpolitik geben ... : die Vernichtung der Macht des Kommunismus«.28 Und in der bereits genannten Direktive NSC 20/1 hieß das so: »Unsere Bemühungen, die darauf abzielen, daß Moskau unsere Konzeption akzeptiert, sind gleichbedeutend mit der Erklärung: unser Ziel ist der Sturz der Sowjetmacht. Von diesem Standpunkt aus könnte man argumentieren, daß solche Ziele ohne Krieg nicht zu erreichen sind. Folglich erkennen wir damit an: unser Endziel in bezug auf die Sowjetunion sind der Krieg und der gewaltsame Sturz der Sowjetmacht.«29

Bereits am 5. März 1946 hatte Winston Churchill, der britische Ex-Premierminister, auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit US-Präsident H. S.

Truman in Fulton (USA) vom »Eisernen Vorhang« gesprochen, der sich durch Europa erstreckte, daß »das Gleichgewicht der Mächte« für ihn »etwas Ungesundes« sei. »Wir können uns nicht leisten, mit einer knappen Überlegenheit an Macht zufriedener zu sein.« Darum müsse man die Antihitlerkoalition auflösen und ein gegen die UdSSR gerichtetes Militärbündnis schaffen.³⁰

Churchills Rede gilt in der Geschichtsschreibung allgemein als Erklärung des Beginns des Kalten Krieges.

Ein halbes Jahr später, am 6. September 1946, kündigte US-Außenminister James F. Byrnes in Stuttgart die Revision der bisherigen Deutschlandpolitik der USA an. Das gelte besonders für die wirtschaftlichen Abmachungen des Potsdamer Abkommens. Das war der Kurs auf die Spaltung Deutschlands. Die Absicht fußte auf der Überlegung, die Ausbreitung des »Kommunismus« in Deutschland zu verhindern, ihn auf die Sowjetische Besatzungszone zu begrenzen.

George F. Kennan, Botschafter der USA in Moskau und danach Leiter des »Policy Planning Staff«, begründete 1946/47 in seiner Funktion als »strategischer Chefplaner« im US-Außenministerium das Konzept des »containment«.

Man benötige eine »druckfeste« Politik der Stärke bis hin zur Planung und Vorbereitung eines Krieges. Am 12. März 1947 verkündete dann Präsident H. S. Truman vor dem US-Kongreß die nach ihm benannte »Truman-Doktrin«, die Eindämmung des Kommunismus vor allem auch mittels des Exports der Konterrevolution. Künftig würden die USA weltweit all jene Kräfte politisch, wirtschaftlich und militärisch unterstützen, die sich gegen die Sowjetunion und den Kommunismus engagieren. In diesem Kontext würden Militärhilfen gewährt und Militärallianzen gebildet werden.³¹ Drei Monate später, am 5. Juni 1947, wurde ein nach dem US-Außenminister George Marshall benanntes »Europäisches Wiederaufbauprogramm« mit dem durchaus verständlichen Argument vorgestellt, man wolle durch massive Wirtschaftshilfe den vom Krieg heimgesuchten Ländern helfen. Die USA verfolgten damit

78

jedoch eigene strategische Interessen. Der Marshall-Plan war Instrument zur Durchsetzung der Truman-Doktrin, vor allem auch durch »Wirtschaftshilfe« Bastionen der USA in anderen Ländern gegen die Sowjetunion und ihren Einfluß in Europa zu schaffen. Ziel war es, den ökonomischen und politischen Einfluß der USA in Europa zu verstärken, die betreffenden Länder für immer an die USA zu binden. Damit setzten sie einerseits ihren Anspruch auf Hegemonie durch, andererseits schufen sie damit in Verwirklichung ihrer Strategie des »containment« wesentliche Grundlagen für die Errichtung einer antikommunistischen, militärischen Blockbildung und zur Organisation des Wirtschaftskrieges gegen die UdSSR und die anderen Länder in deren Machtbereich. Am 26. März 1948 verfügte Truman ein Embargo für »strategische Güter«. Diese durften künftig nicht mehr in die Sowjetunion und ihren Einflußbereich exportiert werden.³²

Am 4. April 1949 konstituierte sich in Washington unter Federführung der USA der Nordatlantikpakt (NATO), das Kernstück der von den USA geführten Militärallianzen gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten, gegen alle Staaten und Bewegungen, die sich dem Diktat der US-Amerikaner entziehen wollten (und wollen). Das ging einher mit der Schaffung eines Netzes von US-Militärstützpunkten zur Einkreisung der Sowjetunion.

In jener Zeit, 1947, wurde in den USA, vor allem auf der Basis des im

Zweiten Weltkrieg auch in Europa operierenden US-amerikanischen Geheimdienstes OSS (Office of Strategic Services – Amt für Strategische Dienste), der neue US-Geheimdienst CIA (Central Intelligence Agency) geschaffen. Die CIA sollte vorrangig gegen die Sowjetunion, ihre Verbündeten sowie überall dort auf der Welt aktiv werden, wo sich Staaten und Bewegungen dem Zugriff der USA entzogen. N. N. Jakovlev schreibt zur Funktion dieses Geheimdienstes: »Der CIA geht es nur – oder besser gesagt – nicht in erster Linie um das Beschaffen von geheimem Informationsmaterial: Ihre Aufgabe ist es, einen ›psychologischen Krieg‹ zu führen, und genau dafür sind 90 Prozent der Ressourcen dieser gigantischen Behörde bestimmt ... Die Methoden des ›psychologischen Krieges‹ zielen eindeutig darauf, die Staatsordnung eines mit diesem Ziel ausgewählten anderen Landes zu unterminieren und letzten Endes zu liquidieren. Spionagetätigkeit ist aus dieser Zielstellung abgeleitet und ihr untergeordnet.« In den Dienstanweisungen der CIA – so schreibt Jakovlev weiter – werde der »psychologische Krieg« folgendermaßen definiert: »Koordination und Nutzung aller Mittel, einschließlich der moralischen und physischen (mit Ausnahme militärischer Operationen der regulären Armee, doch bei Nutzung ihrer psychologischen Resultate), mit deren Hilfe der Siegeswillen des Fein-

79

des gebrochen wird und seine diesbezüglichen politischen und ökonomischen Möglichkeiten untergraben werden.«³³ Die CIA entwickelte sich zum bedeutendsten Geheimdienst des Westens, zu einem Hauptinstrument des Kampfes gegen den Sozialismus sowie zur Organisierung von Umstürzen und Putschen in aller Welt bis hin zur Inszenierung von Anlässen für Militär aggressionen der USA.³⁴

Sich auf das damals noch existierende Atomwaffenmonopol der USA stützend, verkündeten 1953 der neue Präsident der USA, D. D. Eisenhower, und sein Außenminister, John F. Dulles, das strategische Konzept des »roll back« und der »massiven Kernwaffenvergeltung«. Kern dieser abenteuerlichen Konzeption war, durch militärischen Druck von außen, der bis an die Schwelle eines Kernwaffenkrieges gesteigert werden konnte, und durch Aktivierung konterrevolutionärer Kräfte im Innern der sozialistischen Länder, die dortige Ordnung zu stürzen. Bereits am 27. August 1952 hatte J. F. Dulles, damals noch außenpolitischer Berater des Präsidentschaftsbewerbers Eisenhower, in Buffalo diese Doktrin u.a. mit den Worten umrissen: »Man muß die Sowjetunion von innen zersetzen ... Das Gefüge der zahlreichen verschiedenen, in der Sowjetunion vereinigten Stämme muß zum Bersten gebracht werden. Voraussetzung ist aber, daß man die Politik des ›Containment‹ aufgibt und aktiv vorgeht, um einen Sturz im Innern der Sowjetunion herbeizuführen.«³⁵ Und in der »New York Times« hieß es dazu beispielsweise am 6. März 1953, daß es um »Ausbildung, Bewaffnung und Plazierung von Spionen, Saboteuren und Guerillas (gehe), die innerhalb und außerhalb des ›Eisernen Vorhangs‹ Aktionen durchführen, die mit großen Verlusten an Menschen, Material und Geld verknüpft sind.«³⁶

Der Kalte Krieg sollte nicht nur auf politischem, ideologischem und subversivem Gebiet gnadenlos geführt werden. Auch im gesamten Bereich der Wirtschaft tobte bald ein erbitterter Kampf.

Im November 1949 wurde in Paris auf Initiative der USA das »Coordinating Committee for East-West-Trade Policy« (CoCom) gebildet. Diese »Koordinstelle für multilaterale Exportkontrolle« diente der Organisierung und Durchsetzung eines umfassenden Wirtschafts- und Wissenschaftsembargos gegen den sich bildenden Ostblock. Anderthalb Jahrzehnte später kamen alle Botschafter der USA in den sozialistischen Staaten zu einer Beratung in London zusammen. Sie konstatierten: Diese Länder seien aufgrund der weiter nachwirkenden Kriegsschäden des Zweiten Weltkriegs und wegen ihrer Anstrengungen auf dem Rüstungssektor »in einer schwierigen Lage. Sie werden Kredite brauchen, und man solle sie gewähren.« In einer günstigen Situation wollte man die Falle zuschnappen lassen.³⁷

80

Der Verlauf der nächsten Jahrzehnte zeigte, daß die Systemauseinandersetzung wesentlich mit durch die ökonomischen Potentiale entschieden wurde. Die DDR war dabei im Vergleich mit der Bundesrepublik auf wirtschaftlichem und wissenschaftlich-technischem Gebiet von Anfang an der schwächere Gegner. Das Ungleichgewicht wurde verstärkt durch den Wirtschaftskrieg

und durch die Verluste aufgrund der offenen Grenze, aber auch durch eigenverursachte Fehlentscheidungen und -entwicklungen auf ökonomischem Gebiet.

Der Kalte Krieg erfaßte faktisch alle gesellschaftlichen Felder, die Politik, Ideologie, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Sport und selbst die menschlichen Beziehungen. Er war »eine Art Stellvertreterkrieg für einen dritten Weltkrieg, indem zumindest die Androhung von militärischer Gewalt neben anderen Mitteln, wie z. B. die politische, ideologische und wirtschaftliche Diversion, ein entscheidender, kraftraubender und potentiell lebensgefährlicher Faktor war«.³⁸ Der Kalte Krieg bewegte sich in bestimmten Phasen am Rande eines heißen Krieges, verbunden mit der Gefahr der beiderseitigen existentiellen Vernichtung und dem Ausbruch eines nuklearen Weltinfernos.

Die Teilung Deutschlands.

Die grundlegenden politischen und ökonomischen Unterschiede in den Zielen, Startbedingungen und Entwicklungen beider deutscher Staaten

Das Auseinanderbrechen der Antihitlerkoalition in der zweiten Hälfte der 40er Jahre und das Bestreben der USA, Großbritanniens und Frankreichs auf der einen und der UdSSR auf der anderen Seite, ihr System in ihrem jeweiligen Besatzungsgebiet zu installieren, führten zu gegensätzlichen Entwicklungen im Westen und im Osten Deutschlands.³⁹ 1948 traten die Unterschiede bereits in scharfen Konturen zutage. In der SBZ wurden die antifaschistisch-demokratischen Umgestaltungen im Sinne des Potsdamer

Abkommens konsequent fortgesetzt. In den Westzonen kam es nach einer kurzen Phase der Neuorientierung (in Hessen etwa fand wie in Sachsen ein Volksentscheid über die Enteignung von Nazi- und Kriegsverbrechern statt) zu einer raschen Restauration der kapitaldominierten Machtverhältnisse.

Am 7. Januar 1948 trafen sich die drei Militärgouverneure der Westzonen mit den elf Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder in Frankfurt am Main. Im dortigen Hauptquartier der amerikanischen Militärregierung wurden ihnen die Direktiven zur Vorbereitung einer separaten Staatsgründung vorgelegt. Unter Bruch des Potsdamer Abkommens, wonach Deutschland als wirtschaftliches Ganzes behandelt werden sollte, erfolgte im Juni 1948 in den Westzonen und in den Berliner Westsektoren eine separate Währungs-

81

reform. Sie war der entscheidende Schritt zur offenen Spaltung Deutschlands und Berlins.

Am 1. September 1948 erfolgte in Bonn die Einberufung des Parlamentarischen Rates zur Ausarbeitung einer Separatverfassung unter Vorsitz von Konrad Adenauer (CDU). Am 8. Mai 1949 beschloß der Parlamentarische Rat in Bonn das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Es trat am 23. Mai 1949 in Kraft. Am 7. September des gleichen Jahres konstituierte sich der Bundestag. Am darauffolgenden 15. September wurde Konrad Adenauer (nur mit einer Stimme Mehrheit – seiner eigenen) vom Bundestag zum Bundeskanzler der BRD gewählt.

In seiner Regierungserklärung vom 20. September verkündete er die uneingeschränkte Zustimmung der Bonner Regierung zum US-amerikanischen Programm des weiteren Ausbaus Westdeutschlands als europäische Speerspitze gegen die UdSSR und die osteuropäischen volksdemokratischen Staaten, betonte das Ziel der Rückgewinnung der ehemaligen deutschen Ostgebiete und den Anspruch der Bundesregierung, allein befugt zu sein, für ganz Deutschland zu sprechen.

Am 7. Oktober 1949, einen Monat nach der Konstituierung des westdeutschen Bundestages, erfolgte im Osten Deutschlands, in der SBZ, die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Diesem historischen Akt ging die demokratische Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden in ganz Deutschland voraus. Der Deutsche Volksrat als höchste Vertretung des Deutschen Volkskongresses hatte im August 1948 Richtlinien für die Verfassung einer einheitlichen deutschen demokratischen Republik gebilligt und zur öffentlichen Diskussion gestellt. Nach der separaten Bildung der BRD auf dem Boden der westlichen Besatzungszonen wurde, auch als Antwort darauf, in Berlin der Deutsche Volksrat in die Provisorische Volkskammer der DDR umgebildet und die nach öffentlicher Diskussion ursprünglich für ganz Deutschland ausgearbeitete Verfassung als Verfassung der DDR in Kraft gesetzt. Am 11. Oktober 1949 wählten die Volkskammer und die Länderkammer, die sich aus Abgeordneten der fünf Landtage in der

DDR zusammensetzten, den Vorsitzenden der SED, Wilhelm Pieck, zum Präsidenten der DDR. Otto Grotewohl (SED) wurde mit der Regierungsbildung beauftragt. Am 12. Oktober 1949 unterbreitete er vor der Volkskammer das Programm seiner Regierung, der sowohl Vertreter der SED als auch anderer antifaschistisch-demokratischer Parteien angehörten.

Leitlinien der vom Ministerpräsidenten der DDR, Otto Grotewohl, verkündeten Regierungspolitik waren: Bekenntnis zu den Grundsätzen des Potsdamer Abkommens, Erfüllung des Vermächtnisses der antifaschi-

82

stischen Widerstandskämpfer, Fortführung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, Eintreten für Frieden und Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage, Freundschaft zur Sowjetunion, zu den volksdemokratischen Staaten und allen friedliebenden Völkern.

Die Startbedingungen beider deutscher Staaten waren höchst unterschiedlich, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet. Der DDR war ein ungleicher ökonomischer Kampf aufgezwungen worden. Ihr Hauptverbündeter, die UdSSR, hatte im Kampf gegen das faschistische Deutschland 27 Millionen Tote zu beklagen. Die Sowjetunion war durch den Krieg ökonomisch schwer geschädigt. Sie war nicht in der Lage, der DDR eine dem Marshall-Plan vergleichbare Hilfe zu geben. Im Gegenteil: Nachdem die Westzonen die in Potsdam vereinbarten Reparationszahlungen und -lieferungen eingestellt hatten, mußte nunmehr die DDR die Reparationsleistungen an die UdSSR für ganz Deutschland erbringen. Und das, obwohl Ostdeutschland am meisten unter den Kriegsfolgen – speziell auch der Teilung des einstigen einheitlichen Wirtschaftsgefüges – zu leiden hatte. Die ungleichmäßige Entwicklung und Verteilung der Produktivkräfte in Deutschland trat dabei besonders kraß zutage. »Der Substanzverlust an industriellen und infrastrukturellen Kapazitäten infolge von Demontagen und Reparationen an die Sowjetunion betrug etwa 30 Prozent der 1944 auf dem Gebiet der DDR vorhandenen Fonds. Er war damit ungleich höher als in der Bundesrepublik. Beim Abbau der Kapazitäten wiesen die relativen Belastungen in Ost- und Westdeutschland ein Verhältnis von 10:1 auf. Die Entnahmen aus der laufenden Produktion für Reparationen betrugen in Ostdeutschland im Schnitt der Jahre 1946 bis 1953 etwa 22 Prozent des Bruttosozialprodukts, in Westdeutschland fielen sie kaum ins Gewicht. Die Disproportionen durch die Teilung des Wirtschaftsterritoriums trafen den Osten – wegen der gering entwickelten schwerindustriellen Basis – weitaus mehr als den Westen.«⁴⁰

Die durch die SBZ (und später von der DDR) an die Sowjetunion zu leistenden Reparationen erschwerten den Neubeginn erheblich. Das führte selbst bei vielen Ostdeutschen, die zunächst loyal zur SBZ/DDR und den hier herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen gestanden hatten, zu Unzufriedenheit. Dabei wirkte der von der Nazi-propaganda verbreitete Antikommunismus nach; die westliche Propaganda bediente geschickt den vorhandenen Antisowjetismus. Diese Propaganda konnte auch deshalb auf fruchtbaren Boden fallen, weil es auch noch andere Entscheidungen der Sowjetunion gab, die verbreitet auf Unverständnis bis hin zu Ablehnung

83

stießen. Das betraf beispielsweise ihre Antwort auf die separate Währungsreform in den Sektoren Westberlins. Auf die vollständige Abriegelung der Stadt reagierten die Westmächte mit einer Luftbrücke. Man betrieb sie auch dann noch, als die Blockade längst beendet war. In dieser Propagandaschlacht unterlag die Sowjetunion. Sie verlor damit auch unter den Gutwilligen viel Sympathie.

Mit der separaten Währungsreform in den Westzonen und durch weitere Maßnahmen der im September 1949 gebildeten Adenauer-Regierung wurden die Wirtschaftsbeziehungen mit Ostdeutschland weitgehend zerschnitten. Embargo und Ausgrenzung führten notwendigerweise erst recht dazu, daß sich die DDR in ihren Wirtschaftsbeziehungen auf die UdSSR und die anderen Staaten des Ostblocks konzentrierte. Das aber hatte die Abkopplung vom Weltmarkt zur Folge. Mit allen Konsequenzen.

Zweifelloso ist die Feststellung zutreffend, daß es auch in Westdeutschland und in Westberlin nach 1945 gesellschaftliche Brüche und neue Entwicklungen gab. Die bürgerliche Demokratie und der Föderalismus knüpften zunächst an Weimar an. Das Wirtschaftspotential Westdeutschlands wurde durch

umfangreiche US-Hilfsprogramme vergrößert. Die soziale Marktwirtschaft stabilisierte die kapitalistische Ordnung in der BRD. Sie war auch für eine Vielzahl Ostdeutscher anziehend. Zumal ihre Attraktivität durch die westliche Propaganda erhöht und durch umfangreiche, historisch gewachsene Kontakte genährt wurde. Die Grenze zwischen beiden deutschen Staaten lief nicht nur durch das Land, sondern auch durch sehr viele Familien. Die DDR dagegen mußte sich gegen die Folgen der von den Westmächten veranlaßten separaten Währungsreform und den damit verbundenen Schwindelkurs und die Schieberkolonnen wehren, vor allem aber auch gegen die systematische Abwerbung junger, ausgebildeter Menschen. Von der Westseite besonders begehrt waren Ärzte, Wissenschaftler, Techniker und junge Facharbeiter. Der substantielle Verlust für die Volkswirtschaft der DDR war groß – für die BRD war das ein großer Gewinn, ein Aktivposten in der Wirtschaftsbilanz. Bis 1961 verlor die DDR etwa 2 Millionen Menschen. Das hatte zugleich Auswirkungen auf die Lebensumstände der in der DDR arbeitenden Menschen, auf die wirtschaftliche und soziale Lage im Osten Deutschlands. Die Menschen gingen nicht weg, weil es ihnen schlecht ging. Aber die wirtschaftliche Lage und die Lebensbedingungen in der BRD verfehlten nicht ihre Wirkungen, erschienen nicht wenigen attraktiver. Die äußerst schwierige Lage im Osten Deutschlands wurde noch verstärkt durch das Suchen nach gangbaren Wegen, um unter diesen Bedingungen eine erfolversprechende Entwicklung zu sichern. Es kam

84

zu Fehlern in der Wirtschaftspolitik und in politischen bzw. sozialen Bereichen. Und es blieben subjektiv verursachte innere Fehlentwicklungen nicht aus.

Das Potsdamer Abkommen hatte für Deutschland als Ganzes eine gesellschaftliche Alternative gefordert. Die reaktionärsten Kreise des Finanz- und Monopolkapitals, die Junker und Militärs hatten das Land in die Katastrophe geführt. Ihre Macht mußte gebrochen, der Militarismus überwunden werden. Wie die Entwicklung in beiden deutschen Staaten zeigte, vollzog sich aber nur im Osten Deutschlands dieser grundsätzliche Wandel. Die sich hier entwickelnde antifaschistisch-demokratische Ordnung hatte sich historisch bedeutsame Aufgaben auf ihre Fahnen geschrieben:

- Ausrottung der Wurzeln des Faschismus durch die Entmachtung der Monopole und des Junkertums. Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher und Auflösung (»Entflechtung«) der am Krieg beteiligten Monopole.
- Schaffung eines volkseigenen Sektors der Wirtschaft aus den in Volkseigentum überführten Industriebetrieben der monopolistischen Kriegsverbrecher sowie aus den großen Banken, den Eisenbahnen, den Versicherungsanstalten, Teilen des Handels sowie aus den staatlichen Gütern und MAS in der Landwirtschaft. (Zur Unterstützung der Landwirtschaft, besonders der Klein- und Mittelbauern, wurden Maschinenausleihstationen [MAS] geschaffen. Sie verfügten im Frühjahr 1959 über 5800 Traktoren. Zusammen mit den volkseigenen landwirtschaftlichen Gütern, die vor allem aus den großen ehemaligen junkerlichen »Rittergütern« geschaffen wurden, bildeten sie den volkseigenen Sektor in der Landwirtschaft, der damals 10 Prozent der landwirtschaftlichen Produktion umfaßte.)
- Entmachtung des Junkertums als der sozialen Basis des deutschen Militarismus und Landübergabe im Rahmen der demokratischen Bodenreform an Bauern-, Landarbeiter- und Umsiedlerfamilien. (Durch die demokratische Bodenreform im Osten Deutschlands wurden nach 1945 209.000 neue Bauernhöfe geschaffen. Insgesamt erhielten mehr als 540.000 Bauern-, Landarbeiter- und Umsiedlerfamilien über 2.167.000 Hektar Land.)
- Politische Entmachtung der nazikompromittierten bürgerlichen Herrschaftselite.
- Aufbau eines auf »demokratischem Staatseigentum« oder »volkseigenen Unternehmungen« (als den »wirtschaftlichen Kommandohöhen der Republik «), auf genossenschaftlichem Eigentum an Produktionsmitteln und auf Privateigentum beruhenden antifaschistisch-demokratischen Staates, dessen wichtigstes Ziel sein sollte, alles zu tun, daß von deutschem Boden niemals wieder ein Krieg ausgeht.⁴¹

85

Der Unterschied in der Eigentumsordnung und den anderen sozialen Grundlagen markierte den eigentlichen Kern der Konfrontation zwischen West und Ostdeutschland, zwischen der BRD und der DDR. Das Eigentum (und

wer darüber verfügte) rückte ins Zentrum der Auseinandersetzung. Verglichen damit waren die sonstigen Unterschiede zweitrangig.

An erster Stelle der bei der Bildung des MfS genannten Aufgaben stand deshalb nicht zufällig der Schutz des Volkseigentums, der Kampf gegen Schieber und Spekulanten sowie gegen Nazi- und Kriegsverbrecher.

Daß die Eigentumsordnung der entscheidende Unterschied und die eigentliche Ursache des abgründigen Hasses auf alles war und ist, was von den »Brüdern und Schwestern in der Ostzone« in den 40 Jahren vollzogen und vollbracht wurde, wurde spätestens 1990 in der Eile deutlich, mit der die Privatisierung des Volks- und Staatseigentums erfolgte. Nichts anderes hatte man seit Anbeginn im Auge.

Bereits im März 1952 war die Gründung eines »Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands« erfolgt. Dieses offizielle Organ der Bundesregierung, an dessen Spitze der »Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen« stand, stellte zwar 1974 seine Tätigkeit ein, aber an den Zielen und den von ihm erarbeiteten Grundsätzen wurde festgehalten. Nicht zufällig hieß der Minister Jakob Kaiser, bis 1948 auch Vorsitzender der (Ost-) CDU, was sicher für die »Forschungsarbeit« nicht unbedeutend war. Ebenso wenig zufällig war an der Konstituierung Dr. Friedrich Ernst beteiligt, den Konrad Adenauer dafür gewonnen hatte. Ernst, zum Vorsitzenden dieses Forschungsbeirates gekürt, war, ehe er nach dem Krieg Vorsitzender des Verwaltungsrates der Westberliner Zentralbank wurde, unter Hitler Reichskommissar für die Verwaltung »feindlichen Vermögens«. Mitglieder des Forschungsbeirates waren Vertreter aller im Bundestag vertretenen Parteien – außer der KPD –, Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Arbeitgeberverbände, aber auch Vertreter der »Interessengemeinschaft der in der Ostzone enteigneten Betriebe«, der »Vereinigung der aus der Sowjetzone verdrängten Lehrer und Erzieher e. V.« sowie Vertreter der »Grüne Farbe – Hilfsgemeinschaft zur Wahrung der Interessen und Zusammenführung der Waldbesitzer, Forstmänner und Berufsjäger aus der Sowjetzone und den deutschen Ostgebieten e. V.«⁴²

Schon im ersten Tätigkeitsbericht 1953 formulierte der Forschungsbeirat als vorrangige Aufgabe die Erstellung eines Sofortprogramms, d. h. die Vorbereitung aller derjenigen Maßnahmen, die im Falle einer »Wiedervereinigung« notwendig sein würden. Unter Bezugnahme darauf hatte Bundes-

86

kanzler Konrad Adenauer bereits auf der Grünen Woche in Berlin am 1. Februar 1953 offenherzig erklärt, daß sie »eines Tages dazu beitragen können, den Osten zu kolonialisieren. Ich habe das Wort ›kolonialisieren‹ sehr bewußt ausgesprochen. Ich glaube, man wird dieser Aufgabe diesen Namen geben müssen.«⁴³

Der 4. Tätigkeitsbericht (er umfaßte die Jahre 1961 bis 1965) des Forschungsbeirates – »dieses speziell zur Planung, Vorbereitung und Durchführung des Aggressionsprogramms gegenüber der DDR geschaffene(n) Organ(s)« – wurde im Juli 1965 veröffentlicht und unter dem Namen »Grauer Plan« bekannt. »Er ist das komplette Programm zur Annexion der DDR, zur Wiederherstellung des Kapitalismus und der Entrechtung des werktätigen Volkes«, hieß es dazu im 1967 im Staatsverlag der DDR veröffentlichten Graubuch.⁴⁴ Ersetzt man den im »Grauen Plan« enthaltenen Begriff »Obere Behörde« beispielsweise durch »Treuhand«, dann erkennt man das nach 1990 abgewickelte Szenario. Der von der CDU/CSU/FDP-Regierung unter Helmut Kohl verordnete Crash-Kurs, die personelle Besetzung der »Kommandohöhen« in der Wirtschaft, das Prinzip »Rückgabe vor Entschädigung«, die Praxis der umverteilenden Privatisierung etc. folgten eben jenen Vorgaben. Und deutlich wird das auch an den Maßnahmen gegen den Bestand der Bodenreform sowie gegen die auf besatzungsrechtlichen Grundlagen erfolgten Enteignungen. *Kalter Krieg und Subversion.*

Die Rolle der BRD und Westberlins im Kalten Krieg

Die Alliierten hatten nur kurze Zeit gemeinsame Interessen an der Überwindung von Faschismus und Militarismus, an der Verfolgung der Nazi- und Kriegsverbrecher und an einem antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau Deutschlands. Es entwickelten sich relativ rasch eigene Interessen in und an Deutschland und Zentraleuropa. Die USA, aber auch die UdSSR, strebten danach, ihren Machtzuwachs nicht nur zu erhalten und zu stabilisieren, sondern nach Möglichkeit auf Kosten der anderen Seite auszuweiten. Dazu wurden

die Potenzen ihrer jeweiligen Verbündeten, auch der von ihnen dominierten Blocksysteme, rigoros genutzt.

Beide deutsche Staaten ordneten ihre Interessen – ihre nach außen und innen gerichtete Sicherheitspolitik, die politischen, diplomatischen, militärischen, wirtschaftlichen und auch ihre geheimdienstlichen Aktivitäten – der weltweiten Systemauseinandersetzung unter. Sie wurden darin »Juniorpartner« und Spezialisten für »Deutsch-Deutsches«. Die besonderen Lagebedingungen und Interessen beider Staaten – vor allem auch im Zusammenhang

87

mit dem neuralgischen Status von Westberlin – besaßen für die Geheimdienste einen extrem hohen Stellenwert. Schließlich boten beide Staaten einmalige Bedingungen für die gegenseitige Penetration und Infiltration – die gemeinsame Sprache, die gemeinsame Geschichte und Mentalität, die umfangreichen familiären Beziehungen, die Grenzüberschreitung von Rundfunk und Fernsehen und damit die Kenntnis über die jeweils andere Seite. Daraus ergaben sich aber auch eigene Interessen, die aus ihrer gemeinsamen Geschichte resultierten. Daher waren sie auch an einer wechselseitigen Kooperation interessiert. Zugleich standen sie sich als Bündnispartner in den beiden Blöcken feindlich gegenüber. Die Handlungen des einen riefen Reaktionen beim anderen hervor. So durchdrangen sich Konfrontation und Kooperation.

⁴⁵

Die widersprüchlichen Entwicklungen hatten ihre Auswirkungen auch auf die innere Sicherheit der DDR, auf die von außen und innen gegen sie gerichteten subversiven und anderen kriminellen Angriffe. Sie bestimmten wesentlich mit die Ziele und Schwerpunkte, die Intensität und die Art und Weise dieser Angriffe und der zu deren Abwehr ergriffenen Maßnahmen. Der »Spagat« im Verhältnis beider deutscher Staaten beeinflusste die Sicherheitspolitik der SED- und Staatsführung, hatte erheblichen Einfluß vor allem auf die konkreten lagebezogenen Schritte und Maßnahmen zu ihrer Umsetzung. Einerseits galt es, der subversiven Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR und allen Formen der von außen betriebenen Destabilisierung und Unterminierung energisch zu begegnen. Andererseits galt es gleichzeitig, die auf Frieden und Sicherheit gerichtete Politik der friedlichen Koexistenz voranzubringen. Beides war erforderlich, um günstigste äußere Bedingungen für die weitere Entwicklung der Staats- und Gesellschaftsordnung in der DDR zu schaffen. Daraus ergaben sich hohe Anforderungen an die Flexibilität und Konsequenz, an die Differenziertheit der Maßnahmen in der Sicherheitspolitik.

Durch Deutschland und Berlin verlief der sensibelste Teil der Grenze zwischen den Machtblöcken. Sie war eine Hauptachse des Kalten Krieges. Das war nicht nur eine Grenze zweier Gesellschaftssysteme und Eigentumsordnungen, sondern auch die Hauptkonfrontationslinie der beiden stärksten Militärbündnisse der Geschichte. Ihre Unverletzlichkeit war von existentieller Bedeutung für den Frieden in der Region, auf dem Kontinent. Mehr noch: Hier wurde maßgeblich mit über den Weltfrieden entschieden.

Diese Grenze wurde fortgesetzt überschritten. Mit dem Bruch der Antihitlerkoalition und der Eskalation des Konfrontationskurses verschärfen sich auch die auf Veränderung und Beseitigung der bestehenden gesell-

88

schaftlichen Verhältnisse in den sozialistischen Staaten gerichteten Aktivitäten. Das waren Pläne und Handlungen, die auf die politische Destabilisierung und Untergrabung der Gesellschafts- und Rechtsordnung der jeweiligen Staaten zielten, um sie so zu zerstören. Im allgemeinen politischen Sprachgebrauch wurde damals und wird noch heute ein solches Vorgehen gegen einen Staat als Subversion bezeichnet.⁴⁶

Die Subversion war von Anfang an eine wesentliche Komponente in der Strategie des Imperialismus gegen die Sowjetunion, gegen die anderen sozialistischen Staaten sowie solche Staaten und Völker, die sich dem USA-Diktat widersetzen und einen eigenen gesellschaftlichen Entwicklungsweg beschritten.

Es war also kein Zufall, daß 1947 die CIA in den USA gebildet und ihr die Organisation der »psychologischen Kriegsführung« und die Durchführung vor allem von »geheimen Operationen« übertragen wurden.

Der sowjetische Historiker N. N. Jakovlev zitiert in seinem Buch »CIA contra UdSSR« aus der offiziellen US-amerikanischen Geschichtsschreibung zur Tätigkeit der CIA: »State Department und die Militärs wollten die Kontrolle

über geheime Operationen des ›psychologischen Krieges‹ behalten, nicht jedoch die Verantwortung für die operative Arbeit tragen. Die sensitive Natur der Operationen ließ die Ministerien die Enthüllung befürchten, daß sie mit Aktivitäten in Zusammenhang standen. Die CIA bot als Organisation Vorteile für geheime Operationen ... Das Vorhandensein ehemaligen OSS-Personals, das Erfahrungen in Operationen aus der Kriegszeit besaß, gestattete der CIA, mit einer Gruppe von Spezialisten schnell Programme zu entwickeln und durchzuführen. In Verbindung mit dem vorhandenen Sicherungsapparat im Ausland ermöglichte das der CIA unverzüglich zu handeln. Außerdem verfügte die Agentur auch über ein System von Fonds für ihre Mission zur Beschaffung von Spionagematerial, über die sie nicht rechenschaftspflichtig war.«

Und Jakovlev schrieb in diesem Zusammenhang weiter: »Die ›großen Denker‹ des Nationalen Sicherheitsrates verfaßten daher am 18. Juni 1948 für die CIA die Direktive NSC 10/2 über die Durchführung von ›Spezialoperationen‹ ... Sie reglementierte die Wührarbeit der CIA, wofür eine spezielle Verwaltung ins Leben gerufen wurde.«

Und in dieser Direktive, die 1978 erstmalig veröffentlicht wurde, ist auch definiert, was die »großen Denker« der Subversion unter »geheimen Operationen« verstanden: »Unter dem in dieser Direktive verwendeten Terminus ›geheime Operation‹ sind alle Aktivitäten ... zu verstehen, die von dieser Regierung gegen feindliche ausländische Staaten oder Gruppen oder zur Unterstützung befreundeter ausländischer Staaten oder Gruppen geleistet oder

89

gefördert werden, die jedoch so geplant oder geleistet werden, daß nach außen hin ihr Urheber – die Regierung der USA – auf keine Weise in Erscheinung tritt und im Falle ihrer Aufdeckung die Regierung der USA völlig glaubwürdig jedwede Verantwortlichkeit für sie plausibel leugnen kann. Solche Operationen werden speziell alle geheimen Aktivitäten einschließen wie: Propaganda; Wirtschaftskrieg; direkte Präventivhandlungen, einschließlich Sabotage, ... Zerstörung ...; Wührarbeit gegen feindliche Staaten, einschließlich der Hilfe für die illegalen Widerstandsbewegungen im Untergrund, für Guerillas sowie die Unterstützung von antikommunistischen Elementen in bedrohten Ländern der freien Welt.«⁴⁷

Was führende US- Politiker vom Einsatz der Subversion erwarteten, war im »The Wall Street Journal« am 24. Mai 1961 nachzulesen: »Wir müssen einen Weg finden, um ein an der Macht befindliches Regime ohne einen allgemeinen Krieg und selbst ohne einen begrenzten Krieg zu stürzen.« Und »Der Spiegel« zitierte im Dezember 1964 aus einem Beitrag des US-Verteidigungsministers McNamara unter der Überschrift »Aufgaben der amerikanischen Verteidigungspolitik« zur Doktrin der verdeckten, unterschwelligem Kriegsführung. Darin hieß es: »›Sublimited war‹ ist die Strategie verdeckter Aggressionen in Form von außengesteuerten Untergrundkriegen gegen die gesetzmäßigen Regierungen unabhängiger Nationen, eine Kette kleiner Übergriffe, die ›sorgfältig so dosiert sind, daß die Schwelle eines Weltkrieges nicht überschritten wird.«. Und das war fortgesetzt Programm, egal, wie der Stand der Beziehungen, also auch der Entspannungspolitik war. Die US-Zeitschrift »Newsweek« konstatierte dazu 1983, der USA-Geheimdienst CIA betreibe verdeckte Operationen »in einem globalen Umfang und mit einer Intensität der Ressourcen, die es seit seinen großen Tagen vor 20 Jahren nicht mehr gegeben hat«. Die Zahl der Geheimoperationen sei enorm angestiegen. Darunter seien jährlich sieben bis acht, »die darauf gerichtet sind, eine ausländische Regierung zu untergraben«.

Und in der »Frankfurter Rundschau« wurde am 16. März 1987 dazu festgestellt: »US-Vizepräsident Bush hat sich ausdrücklich für verdeckte Geheimdienstoperationen als Mittel der Außenpolitik ausgesprochen, da diese eine nützliche außenpolitische Option seien, die zwischen Diplomatie und der Entsendung von Truppen liegen.«

George Bush war vorher viele Jahre Chef der CIA gewesen und kannte sich bestens in der Planung und Organisation verdeckter Operationen aus. Von 1989 bis 1993 war er Präsident der USA. Welche Bedeutung seine CIA-Erfahrungen gerade in dieser Zeit hatten, bedarf sicher keines Kommentars.

Und aktuell wird immer offenkundiger, wie sein Sohn, George W. Bush, als

90

jetziger USA-Präsident nicht nur diese Traditionen fortsetzt, sondern militärische

Operationen, den Krieg erneut zu einem bestimmenden Element der Außenpolitik, der Hegemonie des USA-Imperialismus in der Welt macht. Die USA hatten bereits unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges ihre Experten der »psychologischen Kriegsführung«, die sich im Kampf gegen das Naziregime ausgezeichnet hatten, nunmehr auf den neuen Hauptfeind ausgerichtet. Von ihnen wurden auch zahlreiche Nazi- und Kriegsverbrecher zur »Wiederverwendung« in den Dienst gestellt, darunter der Chef der Gestapo in Paris und berüchtigte Schlächter von Lyon, Klaus Barbie. Übernommen wurde auch Reinhard Gehlen, einst Chef der Abteilung »Fremde Heere Ost« des Oberkommandos des Heeres (OKH). Bereits 1945 hatte die Übernahme des Apparates und von Agenturen dieses faschistischen Geheimdienstes begonnen.

In seinen Erinnerungen schrieb Gehlen: »Auch außenpolitische Überlegungen zwangen zu dem Gedanken, den Kern des bisherigen Auslandsnachrichtendienstes zu retten ... In einem Europa, das sich zur Verteidigung gegen den Kommunismus rüstete, konnte auch Deutschland wieder seinen Platz finden. Die zukünftige deutsche Politik würde daher Anlehnung an die westlichen Siegermächte suchen und zwei politische Ziele anstreben, nämlich die Abwehr des kommunistischen Zugriffs und die Wiedervereinigung mit den verlorengegangenen Teilen Deutschlands ... Nachrichtendienstlich mußte bei allen Westmächten, und zwar ziemlich frühzeitig, wenn auch in unterschiedlicher Weise, ein besonderes Interesse an der Nutzung des deutschen nachrichtendienstlichen Potentials für die Ostaufklärung zu erwarten sein.«⁴⁸

Das heißt aber auch: Als 1950 mit dem Aufbau des MfS begonnen wurde, verfügte die Gegenseite bereits über funktionierende Strukturen. Sie hatte mehrere Jahre Vorlauf, bevor seitens der DDR die Abwehrtätigkeit organisiert werden konnte.

Die BRD war als europäischer »Brückenkopf« von globalstrategischem Interesse für die USA. Der US-Außenminister John F. Dulles erklärte dazu 1950: »Ein wiederbelebtes Deutschland (gemeint war die Bundesrepublik – die Verf.) ist ein großer Trumpf in den Händen des Westens. Indem es Ostdeutschland in den Machtbereich des Westens zieht, kann es eine vorgeschobene strategische Basis in Mitteleuropa gewinnen, welche die sowjetkommunistischen politischen und militärischen Positionen in Polen, der CSR, in Ungarn und anderen angrenzenden Ländern unterminiert. So hat ein wiederbelebtes nationalistisches Deutschland dem Westen viel zu bie-

91

ten.«⁴⁹ Dafür brauchte man den Erhalt und die Pflege des Antisowjetismus und des Antikommunismus. Und dafür brauchte man auch die Erfahrungen der »Ostlandritter« – in Staat und Politik, in der Wirtschaft, im Militär, in der Polizei, bei den Geheimdiensten und in der Justiz, an Universitäten und Hochschulen, bei der Ausbildung künftiger »Eliten«.

In Deutschland arbeiteten die Hauptagenturen der Geheimdienste der USA und der Sowjetunion. Wenige Monate nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges waren in Berlin die entsprechenden Institutionen etabliert worden. Mitte der 80er Jahre betrieben US-Geheimdienste hierzulande mehr als 200 Dienststellen in über 75 Orten.⁵⁰

Die Sowjetunion errichtete in Berlin-Karlshorst eine starke Außenstelle des Volkskommissariats für Staatssicherheit (NKGB), das ab März 1946 MGB (Ministerium für Staatssicherheit) hieß.⁵¹ In Potsdam etablierten sich ein Stab des sowjetischen Militärgeheimdienstes »GRU« und die Verwaltung der sowjetischen Militärabwehr in Deutschland. In allen Standorten von Einheiten der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) wurden Dienststellen der Militärabwehr eingerichtet.

Mittels ihrer Militärinspektionen und Militärverbindungsmissionen betrieben beide Seiten, Amerikaner, Briten und Franzosen sowie die Sowjets, außerdem faktisch legalisierte Spionage auf dem gesamten deutschen Territorium.

Eine herausragende Rolle im Kalten Krieg spielte Berlin, insbesondere der westliche Teil der Stadt. Westberlin war von Anfang an ein Eldorado geheimdienstlicher Tätigkeit, ein Provokationsfeld und Tummelplatz all jener Kräfte, die sich gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten, insbesondere gegen die DDR, verschworen hatten.

In Westberlin gab es die höchste Konzentration von Geheimdiensten aller Art. Jede Einsatzrichtung der Nachrichtendienste und Abwehrrgane

war dort präsent und aktiv. »Geheimdienst-Dschungel« lautete eine für die ersten Nachkriegsjahre und auch danach noch zutreffende Bezeichnung. Die CIA errichtete 1949/50 in Westberlin ihre größte Niederlassung außerhalb der USA. Unter Federführung des amerikanischen Militärgouverneur Lucius D. Clay wurde Westberlin – nach eigenem Bekunden – zur Frontstadt, zum »Brückenkopf«, als »Pfahl im Fleische der Sowjetzone« entwickelt. Der Westen verstand die Halbstadt als »Klinke«, »mit der die Tür nach dem Osten aufgestoßen werden kann«. Ernst Reuter, der damalige Regierende Bürgermeister, bezeichnete seine Stadthälfte als »die billigste Atombombe«.

92

Im Februar 1946 nahm der »Rundfunk im amerikanischen Sektor« (RIAS) seine Tätigkeit auf. Er nahm von der ersten Sendeminute an einen besonderen Platz in der von der Westseite inszenierten Destabilisierung Ostdeutschlands ein. Er unterhielt nachgewiesenermaßen ein eigenes Spionage- und Agentennetz und tat sich hervor bei der Inspirierung von Diversion, Sabotage und Terror.

Der Vorsitzende der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland, Marschall W. I. Tschuikow, konstatierte in einer Protestnote am 1. Oktober 1952 an den Hohen Kommissar der USA für Deutschland, Donnelly: »Westberlin (ist) zu einem Treibhaus von Spionage-, Diversions- und terroristischer Aktivität gegen die DDR« geworden. Er verwies auf die »Ermordung von Aktivisten der Produktion, Massenvergiftungen, Brandstiftungen, Diversionsakte in volkseigenen Betrieben und im Verkehrswesen, auf Neubauernhöfen und in Wirtschaftsgebäuden«.⁵²

Selbst extrem DDR-feindliche West-Zeitungen charakterisierten 1955 Westberlin als »zweifelhaft(n), doppelgleisig(n) Schnüffel-, Spitzel- und Denunziationsbetrieb mit seinen vielfach noch schlimmeren Folgen«⁵³ und stellten besorgt fest, »daß Westberlin ein Sammelbecken für Tagediebe und Kriminelle geworden ist«.⁵⁴

Die Abwehrarbeit des MfS konzentrierte sich in jener Zeit vor allem auf die Zerschlagung der offenen Versuche, die DDR mittels Terror, Diversion und Sabotage zu unterminieren. Sie richtete sich gegen die breit angelegte Spionage- und Hetztätigkeit. Besonders aktiv waren dabei in dieser Zeit neben den Geheimdiensten und dem RIAS auch die »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit e. V.« (KGU), der »Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen« (UFJ) und das Ostbüro der SPD.⁵⁵ »Eine besondere Rolle im Widerstandskampf gegen das kommunistische Regime ist dem Ostbüro zugefallen«, schrieb freimütig das Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der »Neue Vorwärts«, am 23. September 1952.⁵⁶

1952/53 verschärfte die Westmächte den Kalten Krieg, indem sie offen den Übergang zur Strategie des »roll back«, zu einer Politik des Sturzes der sozialistischen Regime proklamierten. Am 3. September 1952 hatte US-Präsident Truman in Parkersburg erklärt: Die bisherige Politik des »containments«, der Begrenzung des Sozialismus auf seinen bestehenden Bereich und die Verhinderung seiner weiteren Ausbreitung, werde nunmehr durch die Politik der »Befreiung« der sozialistischen Länder abgelöst.⁵⁷ Damit läutete der Westen einen Strategiewechsel, eine Verschärfung des Kampfes gegen die

93

Sowjetunion und ihre Verbündeten ein. Und in Korea war der »heiße Krieg«, die militärische Auseinandersetzung, schon im Gange.

Am 26. Mai 1952 wurde von Bundeskanzler Konrad Adenauer der »Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten« – auch »Generalvertrag« genannt – unterzeichnet. Dieser Vertrag, zusammen mit seinen Zusatzverträgen auch als »Deutschlandvertrag« oder als »Bonner Vertrag« bezeichnet, wurde am 19. März 1953 durch die Mehrheit des Bundestages ratifiziert. Diese Entwicklung einschließlich der forcierten Aufrüstung der BRD und deren Einbeziehung in das westliche Paktsystem führte notwendigerweise zu entsprechenden Gegenmaßnahmen. Diese wiederum waren für die DDR verbunden mit erheblichen zusätzlichen Belastungen des ohnehin schon angespannten Haushalts und mit einer weiteren Verschlechterung der schwierigen wirtschaftlichen Lage. Die SED- und Staatsführung sah sich zu schmerzhaften Eingriffen in die Arbeits- und Lebensbedingungen der DDR-Bürger veranlaßt.

Um den 17. Juni 1953 entlud sich der im Innern der DDR angesammelte

Zündstoff. Sein Ursprung war sowohl innerer wie äußerer Natur. (Darauf wird nachfolgend noch gesondert eingegangen.) Die Ereignisse führten bekanntlich nicht zu der von der Westseite angestrebten »Befreiung« des Ostens. Sie zeigten aber sehr nachdrücklich, wie innere destabilisierende Entwicklungen vom Gegner mit geschürt und ausgenutzt, wie von ihm Maßnahmen zur Destabilisierung der DDR in Szene gesetzt werden konnten.

Welche »Lehren« die gegnerische Seite für ihr weiteres Vorgehen daraus zog, wird in einem nunmehr auch der Öffentlichkeit zugänglichen Paket von Geheim-Dokumenten der US-Administration deutlich.⁵⁸ Der vom »Psychological Strategy Board« (Ausschuß für Psychologische Strategie) erarbeitete und mit dem Nationalen Sicherheitsrat (NSC) der USA abgestimmte Plan über »Ziele und Handlungen der Vereinigten Staaten zur Nutzung der Unruhe in den Satellitenstaaten « wurde am 26. Juni 1953 vom USA-Präsidenten Eisenhower als Direktive bestätigt.⁵⁹ Mit der Bestätigung wurde zugleich die Umsetzung dieser Maßnahmen durch alle entsprechenden exekutiven Organe und Behörden der US-Regierung unter der Koordinierung durch den Ausschuß für Psychologische Strategie angewiesen. Empfänger dieser Direktive waren u. a.: Der Schatzminister, der Vorsitzende der Vereinten Stabschefs, der Direktor für das Zentrale Nachrichtenwesen (*gemeint war damit der Chef der CIA – die Verf.*). Die Ziele und Maßnahmen bezogen sich direkt auf die Sowjetunion, aber vor allem auch auf das unmittelbare Vorgehen gegen die DDR und die anderen sozialistischen Staaten, die sogenannten Satellitenstaaten. Ausgehend von dem Ziel, »den Widerstand gegen die kommunistische Unterdrückung

94

überall in den europäischen Satellitenstaaten« zu organisieren und zu nähren, sah dieser Plan folgende Maßnahmen vor:

In einer ersten Phase, die in weniger als 60 Tagen eingeleitet werden sollte, – die »Verdeckte Anregung von Handlungen und Haltungen des Widerstandes knapp unterhalb einer Massenerhebung in Ostdeutschland und anderen Gegenden von Satellitenstaaten, in denen die Durchführbarkeit gegeben ist, mit dem Ziel, Druck auf die kommunistischen Behörden für spezifische Reformen auszuüben, ihre Autorität zu diskreditieren und offenes sowjetisches Eingreifen zu provozieren«;

– die »Einrichtung von sicheren Kernen des Widerstandes« dort, »wo die Durchführbarkeit gegeben ist, mit der Fähigkeit einer weiteren Ausbreitung in großem Maßstab«;

– »Intensivierung der Überläufer-Programme, die sich besonders gegen Polizeiführer der Satellitenstaaten und Militärpersonal (insbesondere Piloten) und sowjetisches Militärpersonal richten«.

Weitere Maßnahmen beinhalteten, Aktivitäten von Regierungen, Kirchen, Gewerkschaften und anderen Organisationen in der »freien Welt« anzuregen, um hinter dem Eisernen Vorhang psychologische Wirkung zu erreichen.

Diese Maßnahmen sahen vor, mit deren Unterstützung internationale Kampagnen durchzuführen, um »die Märtyrer der ostdeutschen Revolte zu ehren«, die Untersuchung der grundsätzlichen Wirtschafts- und Arbeitsbedingungen zu fordern, alle Möglichkeiten zu nutzen – von der »Unterminierung der Behörden« bis hin zur »Eliminierung von Marionettenfiguren in staatlichen Schlüsselstellungen«, (*d. h. ihre Ausschaltung und Beseitigung, was immer auch darunter zu verstehen ist – die Verf.*)

Eine zweite Phase, bei der von einer längeren Vorbereitung, abhängig von der Entwicklung, ausgegangen wurde, sah vor: »Organisierung, Ausbildung und Ausrüstung von Untergrund-Organisationen mit der Fähigkeit, großangelegte Überfälle oder anhaltende Kampfhandlungen zu beginnen, wenn es befohlen wird.«

Zu diesem Zweck wurde auf »neue verdeckte Organisationsformen« orientiert, wie »Vortäuschung von Verschwörungen sowjetischer Offiziere«, Zusammenarbeit zwischen den »Widerstandselementen der Satellitenstaaten

« mit »Nationalisten in nicht-russischen Sowjetrepubliken«, weiträumig angelegte Propaganda-Ballonoperationen in Richtung der Satellitenstaaten.

Und in einem anderen Dokument dieser Kategorie – aus der gleichen Quelle – heißt es, »daß mir dies der Moment zu sein scheint, an dem durch die CIA hart zugeschlagen werden sollte, um verdeckte Störungen möglich zu machen«.

95

Auch diese Pläne und Maßnahmen legen beredt Zeugnis davon ab, was

die Systemauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus tatsächlich charakterisiert hat, von welchen Realitäten das MFS in seiner Aufklärungs- und Abwehrarbeit auszugehen hatte.

Dazu gehörte auch der weitere Ausbau Westberlins als Hort der Konterrevolution, als vorgeschobener Stützpunkt des Kalten Krieges. 1959 existierten im Westteil Berlins beispielsweise auch 117 militaristische bzw. militante Organisationen, die in der Mehrzahl von ehemaligen Wehrmacht- und SS-Offizieren geführt wurden. Genannt seien nur der Stahlhelm, der Kyffhäuser-Bund, der Verband deutscher Soldaten, der Bund ehemaliger Fallschirmjäger, die Vereinigungen der Waffen-SS.⁶⁰

Auf zahlreichen Pressekonferenzen, in Dokumentationen und anderen Veröffentlichungen sowie in Strafverfahren der DDR-Justiz wurde enthüllt, wie speziell Westberlin unter dem Besatzungs- und Frontstadtregime die Funktion eines Störenfrieds gegen die DDR und die anderen sozialistischen Länder ausübte. Das war auch Gegenstand einer internationalen Pressekonferenz in der DDR-Hauptstadt am 2. Juni 1959, auf der vier Ex-Mitarbeiter des amerikanischen, englischen, französischen und des Gehlen-Geheimdienstes über diese Rolle Westberlins kompetent berichteten.

⁶¹

Vom 11. Mai bis 20. Juni und vom 13. Juli bis 5. August 1959 fand in Genf eine Außenministerkonferenz – USA, Großbritannien, UdSSR, Frankreich, unter Hinzuziehung von Vertretern der DDR und der BRD – zu Fragen der deutschen Wiedervereinigung, der europäischen Sicherheit und einer deutschen Friedensregelung statt. Dort forderte der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko die Beseitigung der bestehenden »anomale(n) Lage, in der Westberlin ... für Zersetzungstätigkeit und feindselige Propaganda gegen die UdSSR, die DDR und die anderen sozialistischen Länder mißbraucht wird«.⁶²

Während die DDR in Übereinstimmung mit der UdSSR bis zum NATO-Beitritt der BRD – unerwidert – eine Politik der Einheit Deutschlands in einem auf den Frieden verpflichteten Staat favorisierte (Deutsche Volkskongreßbewegung, »Deutsche an einen Tisch«) und selbst nach dem NATO-Beitritt der BRD 1955 noch Vorschläge zur Überwindung der Spaltung Deutschlands unterbreitete (Bildung eines Gesamtdeutschen Rates aus Vertretern der Parlamente beider deutscher Staaten, Konföderation zwischen beiden deutschen Staaten usw.), folgte die Bundesrepublik der Strategie der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Integration in das Westbündnis, der Wiederaufrüstung, des Alleinvertretungsanspruchs, der Nicht-

96

anerkennung, Isolierung und Diskriminierung und nicht zuletzt der permanenten Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR.

Die Auseinandersetzungen zwischen der BRD und der DDR über die politische Ordnung sowie die Eigentums- und Rechtsverhältnisse dauerten bis zum Ende der DDR an. Sie wurden mit unterschiedlicher Intensität geführt. Mit der Entspannungspolitik und den entsprechenden Verträgen in den 70er Jahren (den »Ostverträgen«, dem Vierseitigen Abkommen über Westberlin, dem Transitabkommen, dem Grundlagenvertrag DDR-BRD und anderen Abkommen und Vereinbarungen zwischen den beiden deutschen Staaten, der DDR und Westberlin), inklusive KSZE-Prozeß, wurden die Auseinandersetzungen wesentlich nuancierter und subtiler. Im Kern aber blieb das Ziel das gleiche: Die strategische Orientierung auf die Veränderung der politischen Machtverhältnisse – und darin eingeschlossen die Beseitigung der DDR – blieb unverändert die bestimmende Handlungsmaxime. Anders als zu Zeiten des verschärften Kalten Krieges jedoch wurden stärker als zuvor die Wirtschaftsbeziehungen als Instrument zur »politischen Liberalisierung«, zur Destabilisierung der ökonomischen Grundlagen eingesetzt. Westliche Experten setzten unverändert auf Embargomaßnahmen und den Wirtschaftskrieg.⁶³

Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre gab es eine Kurskorrektur der USA und ihrer Verbündeten. Die Sowjetunion hatte unter gewaltigen Anstrengungen ein militärstrategisches Patt erreicht. Damit wurde der USA und der NATO bewußt, daß eine Veränderung des politischen Status quo in Europa mit militärischen Mitteln, mittels eines atomaren Erstschlags, nur mit dem Preis der eigenen Vernichtung und des Untergangs der Zivilisation zu erlangen sein würde. Mit dem militärstrategischen Gleichgewicht

und dem atomaren Patt rückte die »unterschwellige, verdeckte« Strategie wieder stärker in den Vordergrund, ohne daß die militärische Komponente an Bedeutung verlor. Sie wurde unverändert als Drohpotential und zur Provozierung immer neuer Rüstungsrunden mit dem Ziel, die Sowjetunion »totzurüsten«, eingesetzt. Erinnert sei an die Stationierung US-amerikanischer atomarer Mittelstreckenraketen in Westeuropa, vor allem auch in der BRD, die in der ersten Hälfte der 80er Jahre zu einer unmittelbaren militärischen Bedrohung der DDR, anderer Staaten des Warschauer Vertrages einschließlich von Territorien der Sowjetunion geführt hatte. Die militärische Konfrontation nahm das Ausmaß einer akuten Kriegsgefahr an. Daraufhin erfolgte die entsprechende Gegenreaktion.

97

Der Minister für Staatssicherheit erließ deshalb am 15. Februar 1985 den Befehl Nr. 1/85 zur frühzeitigen Aufklärung akuter Aggressionsabsichten und überraschender militärischer Aktivitäten imperialistischer Staaten und Bündnisse, insbesondere zur Verhinderung eines überraschenden Raketenkernwaffenangriffs gegen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft.⁶⁴ Der Stellvertreter des Ministers, Markus Wolf, wies in einer Durchführungsbestimmung im Juni 1985⁶⁵ die Aufklärung und die Abwehr sowie die operativ-technischen Dienstleistungen des MfS an, dafür ihre spezifischen Möglichkeiten allseitig zu nutzen und sie im Rahmen ihrer Zuständigkeit planmäßig und koordiniert zu erweitern. Durch zielgerichtete operative Maßnahmen sollte so frühzeitig wie möglich erkannt werden, ob es in politischen, militärischen, geheimdienstlichen und anderen staatlichen und wirtschaftlichen Entscheidungszentren der Gegenseite, in ihrer Tätigkeit, in ihren Arbeitsabläufen und sonstigen Gewohnheiten Hinweise auf außergewöhnliche Maßnahmen und andere Merkmale gibt, die Indikatoren sein könnten für militärische Überraschungsvorhaben gegenüber der DDR und dem sozialistischen Staatenbündnis. Solche Merkmale zu erkennen, sollte aber nicht nur auf das Operationsgebiet, also die BRD, beschränkt bleiben. Auch in den jeweiligen Verantwortungsbereichen der Abwehreinheiten auf dem Territorium der DDR und im Äther waren – entsprechend den vorgegebenen Schwerpunkten – Erkenntnisse zu gewinnen und auf dem kürzesten Weg und ohne Zeitverzug zu melden.

Die sich zu Beginn der 70er Jahre in Europa vollziehende Entwicklung zur Anerkennung des Status quo, einschließlich damit verbundener Staatsgrenzen, zur Herstellung und Vertiefung der politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Beziehungen zu den sozialistischen Staaten war zum einen Ausdruck des veränderten Kräfteverhältnisses.

Die Westseite sah andererseits in diesem Zwang aber auch die günstige Möglichkeit, durch eine Politik des »Brückenschlags« neue Möglichkeiten der Einwirkung zu schaffen und den Weg für einen inneren »Wandel des Ostblocks« zu ebneten. Auf ein derartiges strategisches Vorgehen hatte USA-Präsident Lyndon B. Johnson im Mai 1965 laut »Die Welt« vom 10. Mai 1965 mit folgender Erklärung hingewiesen: »Wir müssen den langsamen Zerfall des Eisernen Vorhangs beschleunigen. Indem wir Brücken zwischen den Ländern Osteuropas und des Westens schlagen, bringen wir den Tag näher, an dem Europa innerhalb seiner weiten geschichtlichen Grenzen wiederhergestellt werden kann.«

Als »Vater« des Übergangs der USA von der gescheiterten antikommunistischen Strategie des Frontalangriffs zur »Evolutionskonzeption« gilt Zbigniew

98

K. Brzezinski. Seine Theorie, die er erstmalig 1962 in seinem Buch »Der Sowjetblock. Einheit und Konflikt« in Grundrissen darstellte, verallgemeinerte Erfahrungen der USA bei der Realisierung ihrer Strategien zur Beseitigung der Sowjetunion und des Ostblocks. Sein Buch »Alternative zur Teilung«, Mitte der 60er Jahre entstanden, wurde faktisch zum Lehrbuch für die Strategie der »westlichen Demokratisierung« und des »inneren Wandels« der sozialistischen Länder.⁶⁶ Von 1977 bis 1981 war Brzezinski Sicherheitsberater des US-Präsidenten Jimmy Carter. (Gegenwärtig ist er Professor in Washington und Berater am »Zentrum für Strategische und Internationale Studien« [CICS] der USA.) Im Vorwort zu Brzezinskis jüngstem Buch »Die einzige Großmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft«⁶⁷ unterstützt Ex-Außenminister Hans-Dietrich Genscher die Thesen Brzezinskis. Das ist nicht verwunderlich: Brzezinskis Evolutionskonzeption bildete das Rückgrat der von der Regierung

unter Willy Brandt seit 1969 verfolgten »neuen Ostpolitik«. Und die wiederum korrespondierte mit Egon Bahrs Formel »Wandel durch Annäherung«, die der SPD-Politiker 1963 entwickelte. »Bahrs Formel paßt auf alles, was die Bundesregierungen von 1969 bis 1989 versuchten«, schreibt Peter Bender in seiner Analyse zur »Karriere des Begriffs Wandel durch Annäherung«.68 Dem ist zweifelsfrei zuzustimmen. Otto Winzer, Außenminister der DDR von 1965 bis 1975, bezeichnete dieses Konzept bekanntlich als »Konterrevolution auf Filzlatschen«. Egon Bahr bestätigte diese Bewertung bei verschiedenen Anlässen mit bemerkenswerter Offenheit. Die »neue Ost- und Deutschlandpolitik« habe den notwendigen Vorlauf geschaffen, auf dem andere aufgebaut hätten.69

Die seit 1982 herrschende CDU/CSU/FDP-Regierung unter Helmut Kohl hatte in der Tat erkannt, daß es auch für sie zur Politik des »Wandels durch Annäherung« keine bessere Alternative gab, wollte man das Erreichte nicht gefährden und das Vermächtnis Konrad Adenauers erfüllen, die Brüder und Schwestern im Osten zu befreien.

Entkleidet man »Wandel durch Annäherung« von allem »schmückenden« – beileibe aber nicht unbedeutenden – Beiwerk, so läßt sich der Hauptinhalt folgendermaßen charakterisieren:

– Ausgangspunkt war die Einschätzung, daß die bisherige Ostpolitik gescheitert war. Mit einer Politik der Stärke gegenüber der Sowjetunion hatte man sie nicht veranlassen können, die DDR fallenzulassen. Auch die Bemühungen, einen Umsturz von innen zu organisieren, waren erfolglos geblieben.

– Die Fortsetzung dieser Politik der Schürung von immer neuen Spannungen habe sich als kontraproduktiv erwiesen und die Spaltung vertieft,

99

schlußfolgte Bahr. Also mußte der Umkehrschluß gelten: eine Politik der »Entspannung«. Sie sollte die Grundlagen und Bedingungen für Veränderungsprozesse im Innern schaffen – ohne die Sowjetunion zu einem energischen Eingreifen zu zwingen. Die deutsch-deutsche Politik sollte so in den europäischen Entspannungsprozeß eingebunden werden, daß es letztlich dazu käme, »die Zone mit Zustimmung der Sowjets zu transformieren«.

– Wandel durch Annäherung von außen und Wandel durch Widerstand von innen sollten sich gegenseitig ergänzen, schrieb Peter Bender. Das eine »war die Methode der Außenstehenden, das andere die der Regimegegner im Lande«.70

Die SPD/FDP-Koalition erklärte 1969 ihre Absicht, künftig von der Unantastbarkeit der europäischen Grenzen und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten auszugehen. Es begann eine Phase der Entspannung. Das bis Mitte der 70er Jahre entstandene europäische Vertragswerk – das wurde auch immer von offizieller Seite der BRD unterstrichen – sollte dazu beitragen, die zwischenstaatlichen Beziehungen im Interesse des Friedens und der Sicherheit für alle Seiten zu normalisieren. Allerdings: Sicherheit und Vorteil galten nicht für alle Seiten gleichermaßen. Der Westen nutzte Entspannungsverträge und Vereinbarungen, um unter dem Deckmantel der staatlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit seine Ideen zu verbreiten. Das hieß: Menschen in der DDR gegen die Politik der SED und insgesamt gegen die sozialistische Alternative auf deutschem Boden aufzubringen, sie aufnahmefähig zu machen für die Werte und Ideale des Westens, kurz gefaßt in der Losung »Freiheit statt Sozialismus«.

Ein weiterer Umstand kam noch hinzu: Die Sowjetunion war nicht in der Lage, der DDR für die damit verbundene Auseinandersetzung und für die Verwirklichung der politischen Ziele die unausweichlich notwendige ökonomische Unterstützung zu gewähren. Um das sozialpolitische Niveau zu halten, ließ sich die SED- und Staatsführung – entsprechend der Linie Erich Honeckers – auf immer engere Geschäftsverbindungen mit dem Westen ein. Dadurch geriet die DDR in immer größere ökonomische Abhängigkeit. »Bezahlt« wurde mit erweiterten Einwirkungsmöglichkeiten auf die Entwicklung der DDR. Die BRD wollte den inneren Wandel der Verhältnisse und suchte deshalb die Annäherung. Und die DDR brauchte die Kooperation mit der BRD, aber unter dem Aspekt der »sozialistischen Alternative« auch die Aufrechterhaltung der Abgrenzung zur Sicherung der

sozialistischen Entwicklung und der Machtverhältnisse. Bänder konstatierte zutreffend: »Der Kampf zwischen Annäherung und Abgrenzung beherrschte die innerdeutschen Beziehungen bis 1989.«⁷¹ Die Kopplung der Kooperation mit erpresserischer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR gehörte zur Tagesordnung bundesdeutscher Politik.

100

Vor allem im sogenannten Korb III der KSZE-Schlußakte fanden sich die Themen zur inneren Aushöhlung der sozialistischen Staaten, besonders der DDR: Reisefreiheit, Intensivierung der Kontakte, Familienzusammenführung, Jugendaustausch, Austausch von Informationen und Meinungen u. a. m. Diese Fragen wurden von der Sowjetunion als »schmückendes Beiwerk« des KSZE-Prozesses und seiner Schlußakte betrachtet. Wie sich aber zeigte, war das nicht nur ein Irrtum, sondern eine grobe Unterschätzung der durch den Westen damit verfolgten Absichten und der in den sozialistischen Staaten dafür vorhandenen günstigen Bedingungen. »Aber: Es war diese neue Durchlässigkeit, die am Ende diesen sowjetischen Koloß (*gemeint ist die sozialistische Staatengemeinschaft – die Verf.*) zu Fall gebracht hat.«⁷²

Wie ernst wurden die Gefahren des »Wandels durch Annäherung« durch die SED- und Staatsführung genommen? Welche Gegenstrategie war notwendig und möglich, um den Entscheidungsprozeß im Interesse des Friedens und der Sicherheit aller europäischen Staaten und Völker weiter voranzubringen, ihn nicht stören zu lassen und gleichzeitig aber auch jeglichen Versuchen der Einmischung in die inneren Angelegenheiten und der systematischen Destabilisierung der DDR energisch Einhalt zu gebieten? Hier nur so viel – später dazu mehr: Erich Honecker vertraute dem »Schutzschirm« der mit der Gegenseite abgeschlossenen Abkommen und Verträge. Er glaubte, das veränderte Kräfteverhältnis habe den Imperialismus »friedensfähig« und »friedfertig« gemacht.

Mit der weltweiten Anerkennung der DDR nahm die klassenindifferente Sicht auf außenpolitische Prozesse und auf die Politik besonders der westlichen Hauptländer zu. Es kam zu einem ideologischen Zurückweichen, die Potentiale des Gegners und die Gefahren wurden unterschätzt. Das hatte gravierenden Einfluß auf Inhalt und Ausformung der Sicherheitspolitik. Wo keine Gefahren mehr drohen, braucht man keine Vorkehrungen gegen Gefahren zu treffen. Das wurde beispielsweise deutlich im sogenannten gemeinsamen Ideologiepapier der SED – SPD 1987.⁷³ Einerseits wurde darin die offene Diskussion über den Wettbewerb der Systeme, ihre Erfolge und Mißerfolge, ihre Vorzüge und Nachteile befürwortet und betont, daß diese Vergleiche innerhalb jedes Systems möglich sein müßten. Andererseits wurde aber die verkrustete und sterile Medienpolitik fortgesetzt, wurde die öffentliche Kritik

101

an Defiziten und Mängeln und die sich daraus ergebende selbstkritische Einschätzung des inneren Entwicklungsstandes mit der Erklärung abgewürgt, man liefere dem Gegner kein Material für seine antisozialistische Propaganda. Gleichzeitig blieb die offene und ehrliche Auseinandersetzung mit der Politik der BRD hinter den Erfordernissen zurück.

Damit wurde auch das MfS in seiner Öffentlichkeitsarbeit beschnitten. Zugleich aber erging der Auftrag, der SED-Führung den Rücken freizuhalten für diese Politik gegen Westen. Und das so, daß die »erfolgreiche Politik der SED unterstützt und nicht gestört wird«. Die SED-Führung unter Erich Honecker selbst aber verschloß die Augen vor den im Innern der DDR notwendigen politischen Veränderungen und Entwicklungen. Gemeinsam mit den anderen Schutz-, Sicherheits- und Rechtspflegeorganen war dem MfS die Rolle zugeordnet, die inneren destabilisierenden Folgen des erstarrten politischen Kurses möglichst klein zu halten, die wachsende Unzufriedenheit und damit verbunden die »innere Opposition« nicht zu einer Gefahr für die Macht in der DDR werden zu lassen. Vereinfacht ausgedrückt: Es sollte für Sicherheit gesorgt werden, ohne daß es publik wurde und dem Gegner weh tat. Denn würde es öffentlich werden, was die Gegenseite gegen die DDR unternahm, und dafür gab es nicht zu leugnende umfangreiche Beweise und Erkenntnisse, so würde das von der Politik als »Störfaktor« wahrgenommen werden.

Und für die Mitarbeiter des MfS stellte sich das so dar, daß sie spürten und erlebten: Wir sollten also den Pelz waschen, aber niemanden dabei naß machen.

Die Politik der Annäherung, der Öffnung der DDR zur BRD führte vermehrt zu Vergleichen der Lebensbedingungen in Ost und West. Nicht selten bestimmten dabei die glitzernden Fassaden das Bild über den Westen. Und das bei wachsenden Stagnationserscheinungen in der politischen, ökonomischen und sozialen Entwicklung in der DDR und zunehmender Ignoranz der realen Lage im Lande, des Anwachsens der Unzufriedenheit und der Verbreiterung des Kreises derer, die Zweifel an der Entwicklung in der DDR hatten und in ihr auch persönlich keine Perspektive mehr sahen. Damit erhielten aber auch Kräfte Nahrung und Betätigungsfelder, denen es nicht um eine »verbesserte« Republik ging, sondern die als Gegner der DDR an ihrem Untergang interessiert waren und darauf hinwirkten. Das ging einher mit einer Offensive der Geheimdienste und anderer gegnerischen Zentren und Kräfte im Einsatz ihres gesamten Arsenalts zur Inszenierung und Unterstützung des öffentlichen Wirksamwerdens von antisozialistischen Kräften und »Systemkritikern«.

102

Die DDR müsse »mit Zustimmung der Sowjets transformiert werden« lautete das Ziel des »Wandels durch Annäherung«. Das rückte mit Michail Gorbatschow in greifbare Nähe. Seine Strategie der »Reformierung des gesamten Systems« eröffnete nunmehr auch von sowjetischer Seite günstige Bedingungen, eine solche »Transformierung« der DDR zu bewerkstelligen. Gleichermaßen überrascht wie anerkennend soll Willy Brandt nach seinem Besuch in der UdSSR im Mai 1985 gesagt haben: »Ich habe in meinem Leben schon viel gesehen, aber noch nie einen Antikommunisten an der Spitze im Kreml.«⁷⁴ Und Egon Bahr erklärte 1999 in einem Interview: »Ohne die Ost- und Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition wäre Gorbatschow nicht die Nummer Eins im Kreml geworden, und ohne den wäre es auch nicht gegangen.«⁷⁵

Der Einfluß der UdSSR auf die Sicherheitspolitik der SED und die Abwehrarbeit des MfS

In der Militär- und Sicherheitspolitik waren die SED und die DDR in besonderem Maße an die sicherheits- und machtpolitischen Interessen der KPdSU und der UdSSR gebunden. Egon Krenz brachte das auf die Kurzform: »Die DDR war in ihrer Militär- und Sicherheitspolitik von Moskau abhängig.« Das ergab sich nicht nur aus dem Status der UdSSR als Siegermacht des Zweiten Weltkrieges, als Besatzungs- und Kontrollmacht für die SBZ und später als engster Verbündeter der DDR. Die Sowjetunion war die Führungsmacht und Hauptkraft des Warschauer Vertrages. Nicht viel anders war die Lage der BRD im Verhältnis zu den USA und der NATO. BRD und DDR waren fest in die jeweiligen Machtblöcke integriert und unterlagen konkreten, letztlich von den USA bzw. der Sowjetunion bestimmten Bündnisverpflichtungen.

Die UdSSR hatte unmittelbaren Einfluß auf die Gewährleistung der staatlichen Sicherheit der DDR. »Die DDR wäre niemals ohne die politische Schutzfunktion der Sowjetunion, ohne deren militärische Absicherung gegen restaurative Kräfte im Innern und nach außen existenzfähig gewesen.«⁷⁶ Der Einfluß war nachhaltig, den sowjetische Organe und Funktionsträger – besonders bei der Durchsetzung ihrer Rechte als Vertreter der Besatzungsmacht – ausübten. Die Sowjetische Militäradministration für Deutschland (SMAD) hatte – wie die westlichen Alliierten in ihren Zonen – als oberste Regierungsbehörde in der SBZ Befehlsgewalt zur Durchsetzung des Potsdamer Abkommens (in der Regel in Befehlsform gekleidete Bevollmächtigungen der deutschen Behörden), zur Überwindung der faschistischen Hinterlassenschaft, zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und für die Errichtung einer anti-

103

faschistisch-demokratischen Ordnung. Mit der Einstellung der Tätigkeit der SMAD drei Tage nach Gründung der DDR und der Übertragung ihrer bis dahin ausgeübten Verwaltungsfunktionen an die Regierung der DDR trat an die Stelle der SMAD die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) zur Überwachung der Einhaltung der Deutschland als Ganzes betreffenden Beschlüsse der Alliierten. Die SKK arbeitete mit Memoranden und Empfehlungen, deren Beachtung und Umsetzung in entsprechende Gesetze und Verordnungen gegebenenfalls auch nachdrücklich eingefordert wurde. Am 27. Mai 1953 beschloß die Regierung der UdSSR die Auflösung der SKK. An ihre Stelle trat der Hohe Kommissar, der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der

UdSSR, W. S. Semjonow. Im Ergebnis der Erklärung der Regierung der Sowjetunion über die Beziehungen der UdSSR und der DDR vom 24. März 1954 und des Vertrags über die Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR vom 20. September 1955⁷⁷ stellte dieser dann seine Tätigkeit als Hoher Kommissar ein.

Der Einfluß bestand aber nicht nur deshalb, weil es sich um die Sieger- und Besatzungsmacht handelte. In den Bürgern der UdSSR lernten die Ostdeutschen überwiegend ehrliche, kameradschaftlich handelnde Menschen kennen. Die Bezeichnung »Freunde« entsprach der Haltung, des Verhältnisses vieler Bürger zu ihnen. In der DDR wurde mehrheitlich die Sowjetunion als Pionier des Menschheitsfortschritts gesehen. Zunächst unkritisch und vorbehaltlos, später, als der Widerspruch zwischen Anspruch und sowjetischer Wirklichkeit immer deutlicher wurde, mit wachsender Sorge und Distanz. Im Vertrag über die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR von 1955 sowie in den Verträgen über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der UdSSR und der DDR von 1964⁷⁸ und 1975⁷⁹ wurde der positiven Haltung zur Sowjetunion in Staatsverträgen Ausdruck gegeben.

Die historisch entstandene, von der SED und den anderen Parteien im demokratischen Block politisch gewollte und vertraglich fixierte Bindung an die UdSSR prägten das Staats- und Machtdenken, die Ausgestaltung der Funktionen des Staates und insbesondere auch der Sicherheitspolitik in der DDR von Anfang an. Im Einfluß der KPdSU und der UdSSR liegen aber auch Ursachen dafür, daß es gegen Mängel und Fehlentwicklungen im sozialistischen Gesellschaftssystem keine wirksamen systemimmanenten Schutzmechanismen gab.

Die Siegermächte drückten der Nachkriegsentwicklung ihren Stempel auf – die UdSSR im Osten, die Westalliierten jenseits der Elbe. Das traf im besonderen Maße auch für die Tätigkeit der Sicherheitsorgane zu. Das MfS als

104

Schutz- und Sicherheitsorgan hatte unter Beachtung der Rechte der UdSSR als Besatzungs-, Kontroll- und Schutzmacht an der Seite der sowjetischen Organe zu wirken. Die Staatssicherheit der UdSSR sowie die Aufklärungs- und Abwehrdienste der Sowjetarmee prägten das MfS. Das galt auch für die von Stalin zu Beginn der 50er Jahre verkündete These über die gesetzmäßige Verschärfung des Klassenkampfes. Zumal der Kalte Krieg zwischen Ost und West, in dessen Spannungsfeld beide deutsche Staaten existierten und an dem sie beide – gegeneinander, fremdbestimmt und eigenverantwortlich – nach Kräften teilnahmen, allgegenwärtig war.

Die Arbeit des MfS entsprach aber auch uneingeschränkt dem politischen Willen und dem Sicherheitsdenken der Führung der SED und des Staates. Das war geprägt von historischen Erfahrungen. Die Mehrheit der leitenden Mitarbeiter des MfS war durch die Schule des konspirativen Kampfes der KPD und des antifaschistischen Widerstandes gegangen. An ihrer Seite standen bis Mitte der 50er Jahre – beim Minister, in den wichtigsten Hauptabteilungen, selbständigen Abteilungen, in den Bezirksverwaltungen, Kreis- und Objektdienststellen des MfS – Instrukteure des Komitees für Staatssicherheit (KfS) der UdSSR, die zur KfS-Vertretung in Berlin-Karlshorst gehörten. Sie besaßen in den ersten Jahren Weisungsrecht. Sie vermittelten Kenntnisse für die konspirative Arbeit, kontrollierten die Arbeitsergebnisse und wurden selbst in der operativen und Untersuchungstätigkeit aktiv. Die Angehörigen des MfS betrachteten sie als ihre Lehrmeister.

Die ersten Lehrer der Schule des MfS erhielten 1955/1956 eine Ausbildung an der Hochschule des Komitees für Staatssicherheit der UdSSR in Moskau. (*Ausführlicher dazu der Beitrag zur Juristischen Hochschule [JHS] Potsdam des MfS im Bd. 2*) Die Erkenntnisse der sowjetischen Sicherheitsorgane flossen unmittelbar in die operative Ausbildung der Mitarbeiter der Staatssicherheit ein. Das sowjetische Vorbild prägte dabei aber nicht nur Strukturen sowie Verhaltens- und Denkweisen. Es bestimmte auch in nicht unerheblichem Maße Sprache und Begriffe. Sie »überlebten« in gewissem Umfang, ohne daß spätere Generationen im MfS noch ihren eigentlichen sowjetischen Ursprung ausmachten.

Mit der qualitativen Entwicklung und Profilierung des MfS, seiner Dienstleistungen und Mitarbeiter und dem Ausbau der Zusammenarbeitsbeziehungen veränderte sich dieses Verhältnis und machte zunehmend gleichberechtigter

Zusammenarbeit Platz. Aus den Instruktoren wurden Berater und später dann Verbindungsoffiziere. Nach und nach kam es zu einer erheblichen Reduzierung des Einsatzes von Beratern bzw. Verbindungsoffizieren und damit auch ihres direkten Einflusses auf die Tätigkeit der Dienst-

105

einheiten des MfS. Das MfS entwickelte sich zu einem anerkannten Partner der Sicherheitsorgane der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten. In seinen Arbeitsweisen, den Mitteln und Methoden vollzogen sich wesentliche, auf eigenen Erkenntnissen und Erfahrungen beruhende Veränderungen. Als Mitglied des Warschauer Vertrages und des RGW (die DDR war seit Oktober 1950 Mitglied des im April 1949 in Moskau gebildeten Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe, der Wirtschaftsorganisation der sozialistischen Staaten) gehörte die DDR einem politischen, militärischen und ökonomischen Paktsystem an, welches ein legitimes Interesse daran hatte, sich vor jenen zu schützen, deren erklärtes Ziel die Beseitigung des Sozialismus, und damit auch der DDR, war. In den regelmäßigen Beratungen vor allem des Politisch Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer Vertrages erfolgten stets aktuelle Einschätzungen der Sicherheitslage. Im Ergebnis wurden Festlegungen getroffen, die die einzelnen Länder zu entsprechenden Maßnahmen verpflichteten. Die dort getroffenen Einschätzungen und festgelegten Maßnahmen waren entscheidende Grundlagen für die Arbeit der jeweiligen Staatsorgane, besonders der Schutz- und Sicherheitsorgane. Sie hatten auch maßgeblichen Einfluß auf die internationalistische Tätigkeit des MfS zur Mitwirkung an der Gewährleistung der Sicherheit des Bündnisses und einzelner Staaten. In Durchsetzung dieser Beschlüsse und im Rahmen multilateraler und bilateraler Vereinbarungen haben die Sicherheitsorgane der Partnerstaaten zusammengearbeitet. Der Artikel 2 des Warschauer Vertrages sah vor, sich in allen Fragen, die gemeinsame Interessen berührten, zu konsultieren. Gemeinsam wollte man sich an internationalen Handlungen beteiligen, die dem Weltfrieden und der Sicherheit dienten. Das schloß die gemeinsame Abwehr geheimdienstlicher und anderer subversiver Aktionen ein.

Die internationale Kooperation der Sicherheitsorgane nahm mit den Jahren zu und erreichte Mitte der 50er Jahre eine neue Qualität. Basis für die Zusammenarbeit des MfS mit Partnerorganen waren der bereits genannte Vertrag über die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR von 1955, die Verträge über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR von 1964 und 1975 sowie analoge Abkommen mit der Volksrepublik Polen (1967), der CSSR (1967) und mit anderen sozialistischen Staaten. Sie waren Grundlage für konkrete Verträge und Vereinbarungen des MfS bzw. einzelner Dienststellen mit Partnerorganen in den anderen Ländern. Für die inter-

106

nationalistische Tätigkeit des MfS waren darüber hinaus folgende zwischenstaatliche Vereinbarungen von Bedeutung:

- das Abkommen über die zeitweilige Stationierung sowjetischer Streitkräfte in der DDR vom 12. März 1957;⁸⁰
- die Verträge zwischen der DDR und der CSSR über die Zusammenarbeit des Verkehrswesens und der Grenz-, Zoll- und sonstigen Kontrollen beim Grenzübertritt;⁸¹
- die Verträge der DDR mit sozialistischen Staaten über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen;⁸²
- die Verträge über den Grenzverkehr zwischen den jeweiligen sozialistischen Staaten.

Das MfS schloß – in aller Regel durch den Minister als dem Vertreter der DDR-Regierung – mit den Sicherheitsorganen »Grundsatzvereinbarungen«. Darin wurden Festlegungen getroffen über die Hauptgebiete und -richtungen der Zusammenarbeit sowie zu den Verantwortlichkeiten der jeweiligen Partner. Das entsprach internationalen Gepflogenheiten. In der Folge schlossen Dienststellen des MfS mit den Partnerorganen »Vereinbarungen auf Linie« ab, wie das im Sprachgebrauch des MfS hieß. Solche Vereinbarungen gab es beispielsweise zur Spionageabwehr und über das gemeinsame Vorgehen gegen die Geheimdienste und andere feindliche Zentren und Kräfte. Sie betrafen die Sicherung der Volkswirtschaft und der ökonomischen Zusammenarbeit, die Sicherung des Reise- und Touristenverkehrs

sowie die Terrorabwehr. Kooperiert wurde bei der Funkabwehr und -aufklärung, bei der grenzüberschreitenden Beobachtung (Observation) sowie auf bestimmten Gebieten der Tätigkeit der Untersuchungsorgane und des Untersuchungshaftvollzugs. Vertragliche Vereinbarungen gab es auch zu den rückwärtigen sicherstellenden Bereichen. Die Intensität der Zusammenarbeit auf den einzelnen Fachgebieten entsprach im gewissen Sinne dem Niveau der politischen und ideologischen Kooperation der Staaten und führenden Parteien. Mit einigen sozialistischen Staaten gab es darum nur eine sehr lose oder gar keine Zusammenarbeit. Keine Zusammenarbeit gab es mit den Sicherheitsorganen Chinas, Rumäniens und Albaniens. Abgesehen von gelegentlichen ereignisbezogenen Begegnungen existierten auch keine Beziehungen zu den Sicherheitsorganen Jugoslawiens. Die Entscheidung über die Maßnahmen des MfS im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit lag in der Verantwortung des Ministers. Aufgrund der wachsenden Bedeutung der internationalistischen Tätigkeit des MfS wurde 1956 die Abteilung »Internationale Verbindungen« (Abt. X)

107

gebildet. Sie bearbeitete Grundsatzfragen der Verbindung sowie der Koordinierung und Abstimmung des Zusammenwirkens mit den Sicherheitsorganen anderer sozialistischer Staaten.

Alle operativen Handlungen auf den Territorien der Vertragspartner erfolgten unter Beachtung der Souveränität und des Prinzips der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten. Strafprozessuale Handlungen – z. B. Zeugenvernehmungen – blieben in der Verantwortung des Vertragspartners. Sie erfolgten auf der Grundlage von Rechtshilfeersuchen des Generalstaatsanwalts. Treffen mit IM und andere operative Handlungen auf dem jeweiligen Territorium bedurften der Vereinbarung bzw. der Zustimmung.

Die Kooperation der Sicherheitsorgane sozialistischer Staaten hatte – im Vergleich mit der Zusammenarbeit in anderen politischen, staatlichen und gesellschaftlichen Bereichen – auch Besonderheiten. Sie ergaben sich allein aus der unterschiedlichen Stellung der Partnerorgane in den jeweiligen Staats- und Rechtsordnungen ihrer Länder, den z. T. länderspezifischen Aufgabenschwerpunkten und den politisch-rechtlichen Handlungsrahmen.

Zugleich mußte diese Kooperation auch den Erfordernissen der Geheimhaltung und Konspiration Rechnung tragen.

Die Zusammenarbeit war keine »Einbahnstraße«, es war ein Geben und Nehmen. Die DDR und das MfS operierten unmittelbar an der Frontlinie zur NATO. Frieden und Sicherheit hier sorgten mit für Frieden und Sicherheit im gesamten Bündnis. Deshalb bestand ein wechselseitiges Interesse an einer funktionierenden Kooperation.

Die internationale Zusammenarbeit erfolgte vorrangig auf dem Wege des klassischen Informations- und Erfahrungsaustausches. Zusammenkünfte fanden dazu auf Leiterebene statt, der Informationsaustausch erfolgte über fest installierte Kanäle. Daneben gab es bilaterale Beratungen auf der Ebene von Hauptabteilungs- und Verwaltungsleitern bzw. Direktoren sowie von Arbeitsgruppen unter Teilnahme von Spezialisten verschiedener Richtungen. Hauptinhalt war die Beratung und Koordinierung linienspezifischer Probleme.

Eine weitere Form stellten die multilateralen Konferenzen und Arbeitsberatungen dar. Es trafen sich die Minister bzw. ihre zuständigen Stellvertreter, die Leiter zentraler Dienststellen und Spezialisten. Dort erfolgte eine konkrete Lageeinschätzung aus der Sicht aller beteiligten Organe, ein Austausch von Erkenntnissen zur weiteren Qualifizierung der Tätigkeit und der multilateralen Zusammenarbeit. Gegenstand waren u. a. die Spionage- und Terrorabwehr, die Bekämpfung der politisch-ideologischen Wühl- und Zersetzungstätigkeit, die Verhinderung des Mißbrauchs des grenzüberschreitenden Verkehrs für subversive Handlungen, Fragen der strafprozessualen Untersu-

108

chungs-führung zur Aufklärung von Straftaten, die Untersuchung von Unfällen in der Luftfahrt bzw. anderer schwerer Havarien etc. Und es gab eine ereignisbezogene Zusammenarbeit etwa bei der Absicherung von Gipfeltreffen, von Manövern der Truppen des Warschauer Vertrages, von großen Jugend- und Sportveranstaltungen. In solchen Fällen erfolgten meist gesonderte Absprachen und Festlegungen.

Das MfS unterstützte auch einige Staaten der sogenannten Dritten Welt

beim Aufbau eigener Sicherheitsorgane – sowohl technisch als auch bei der Ausbildung von Kadern. Das betraf vor allem Kuba, Vietnam, Nicaragua, Süd-Jemen, Äthiopien, Angola und Mocambique.

Gegenstand der Zusammenarbeit war auch die Sicherung der Vertragsarbeiter aus anderen sozialistischen Staaten in der DDR. Dazu waren Verbindungsoffiziere der jeweiligen Partnerorgane in der DDR tätig.

Eine besondere Rolle in der internationalen Zusammenarbeit spielten die Operativgruppen der Partner. Die Staatssicherheit der UdSSR unterhielt eine zahlenmäßig starke Operativgruppe, die Vertretung des KfS, in Berlin-Karlshorst. Das MfS hatte eine Operativgruppe in Moskau. Operativgruppen des MfS gab es gemäß Vertrag auch in Polen, in der CSSR, in Ungarn, Bulgarien und Kuba.

Diese Operativgruppen waren bei den zuständigen Ministerien des jeweiligen Partnerlandes akkreditiert. Sie bestanden aus Spezialisten und erfüllten wichtige Aufgaben der internationalen Zusammenarbeit.

Die Zusammenarbeit mit den Bruderorganen gründete sich auf den politisch-ideologischen und moralischen Gemeinsamkeiten. Es war gelebter proletarischer und sozialistischer Internationalismus. Das war innere Überzeugung und keinesfalls aufoktroiertes Verhalten. Dieser Idealismus, der von der übergroßen Mehrheit der Mitarbeiter getragen wurde, erklärt die Effizienz der Arbeit und das hohe Maß an Vertrautheit untereinander.

Den »Freunden« fühlten sich die Angehörigen des MfS besonders eng verbunden. Sie empfanden große Achtung vor den Völkern der Sowjetunion.

Diese hatten Deutschland und Europa vom Hitlerjoch befreit. Viele Mitarbeiter der in den ersten Jahren in der SBZ/DDR tätigen sowjetischen Sicherheitsorgane hatten im Großen Vaterländischen Krieg gekämpft und genossen Anerkennung und Respekt. Man begegnete ihnen mit grenzenloser Offenheit.

Um so größer war die Enttäuschung über das unehrliche Verhalten von Vertretern des KfS, wie es sich während der »Wendezeit« besonders bei jenen zeigte, die die Linie Gorbatschows vertraten. Es erfüllte nicht wenige von uns mit Bitterkeit, ansehen zu müssen, wie Vertrauen mißbraucht wurde.

109

Von sowjetischer Seite wurde offiziell stets bekräftigt, welche Bedeutung die Existenz und Sicherheit der DDR für die Sicherheit der Sowjetunion und der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft habe. Deshalb wolle man alles für die DDR tun.

Mit dem Wissen von heute müssen wir und viele andere, die treu zur Sowjetunion standen, erkennen, daß die DDR ab einer bestimmten Zeit im Kalkül einflußreicher Kräfte der sowjetischen Führung lediglich Manövriermasse war. Die DDR wurde zum Faustpfand, das man in der strategischen Auseinandersetzung mit den USA einzusetzen und notfalls auch zu verpfänden beabsichtigte, wenn es eigene Vorteile versprach.

Am 9. Dezember 1989 hatte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, auf dem ZK-Plenum seiner Partei der Welt versichert:

»Wir erklären mit aller Entschiedenheit, daß wir die DDR nicht im Stich lassen werden.«⁸³

Das war mindestens so unaufrichtig wie die Treuebekundungen anlässlich des 40. Jahrestages der DDR wenige Wochen zuvor. Dieses hinterhältige politische Spiel und verräterische Handeln wurde danach schamlos eingestanden. Gorbatschow selbst räumte 1995 gegenüber dem Nachrichtenmagazin

»Der Spiegel« mit einem Anflug von Zynismus beifallheischend ein:

»Schön, ich gab die DDR weg ... Ich finde, ich verdiene eine Lob.«⁸⁴

Ähnlich offenherzig erklärte sich Eduard Schewardnadse, Außenminister der UdSSR unter Gorbatschow, am 17. März 1997 in der Tageszeitung »Die Welt«. Auf die Frage, ob er als einer der »Geburtshelfer des vereinigten Deutschland« mit dem Resultat zufrieden sei, antwortete er: »Es hat sich gelohnt, ganz ohne Zweifel. Man hätte den ganzen Prozeß aber auch früher beginnen können. Ich hatte schon 1985/86 die Überzeugung, daß die Wiedervereinigung kommen muß. Öffentlich konnte man das damals noch nicht sagen, aber im Innern spürte ich die Gewißheit, daß sie kommen würde.«

Heinz Keßler, von 1985 bis 1989 Minister für Nationale Verteidigung der DDR, seit 1986 Mitglied des Politbüros des ZK der SED, bis Ende 1989 Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, äußerte sich Mitte der 90er Jahre in einem Interview dazu: »Über das Fallenlassen der DDR war ja in den letzten Jahren vieles zu lesen und zu hören, was ich auch für authentisch

halte. Ich selbst hatte dafür kein Indiz, bis dann Gorbatschow 1988 seine Rede vor der UN-Vollversammlung hielt, in der er davon sprach, es gehe nicht mehr um den Sozialismus, sondern um allgemeinmenschliche Interessen. Ich erinnere mich an ein Gespräch mit Erich Honecker unter vier Augen. Honecker sagte damals zu mir: »Entweder hat dieser Mann keine Ahnung von Politik, oder er besorgt die Geschäfte anderer.« Honeckers Mei-

110

nung über Gorbatschow habe ich damals noch nicht voll geteilt. Nach der UNO-Rede war das anders.«⁸⁵

Damit an dieser Stelle keine Irrtümer über unsere Auffassungen zu den Ursachen entstehen, für das, was gemeinhin als »Scheitern des realexistierenden Sozialismus« bezeichnet wird: Die Ursachen für die Niederlage der DDR sind vielschichtig und komplexer Natur, es gab innere und äußere Faktoren, die sich gegenseitig durchdrangen oder wechselseitig bedingten. Dazu gehören falsche und fehlerhaft umgesetzte Gesellschaftskonzepte – auch auf dem wichtigen Gebiet der Sicherheitspolitik.

Eine wesentliche Rolle spielte auch der Subjektivismus in der Gesellschaftspolitik. Aber zum Komplex der Ursachen gehören vor allem auch die Politik und die Maßnahmen der Westseite gegen die DDR. Eine ostdeutsche sozialistische Alternative zur kapitalistischen Ordnung auf westdeutschem Boden wurde nicht akzeptiert. Ihre Verhinderung und Auslöschung war Staatsdoktrin der BRD. Dieses erklärte Ziel wurde über vierzig Jahre, zwar mit unterschiedlicher Intensität, aber mit Ausdauer und ohne Gnade verfolgt. Mit den Mitteln der Politik, auf dem Gebiet der Wirtschaft, mit Geheimdiensten. Mit legalen und mit illegalen Mitteln.

Es war kein fairer Wettstreit der Systeme. Es war Kalter Krieg. Das MfS war damit wie kaum ein anderes Staatsorgan in der DDR konfrontiert. Deshalb liegt es in der Natur der Sache, daß vor allem wir uns dazu äußern müssen.

Aber unzweifelhaft dürfte bei alledem auch sein: Ohne die Sowjetunion mit ihrem politischen, ökonomischen und militärischen Potential war der Sozialismus in der DDR zum Scheitern verurteilt. Der einseitige Bruch des Bündnisses UdSSR-DDR bedeutete die Preisgabe der DDR und damit ihre Auslieferung in die Obhut jenes Staates, zu dessen Gründungskonsens Antikommunismus und Antisowjetismus gehörten, der alles darauf anlegte, die DDR zu liquidieren.

Das als Verrat zu bezeichnen ist sicher keine Ansicht, die man unter der Rubrik »Betonköpfe«, »Ewiggestrige« bzw. »Unbelehrbare« abtun kann.